

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Beiträge und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 9. Juli 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Beruhigungs-Denkchrift.

II.

Was die Gründe für den Anlauf und die Stilllegung der Zechen betrifft, so muß selbst die amtliche Denkchrift zugeben, daß „die Käufer fast durchweg von dem Bestreben geleitet gewesen sind, die Beteiligung der angekauften Zechen beim Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat zu erwerben und, wenn auch nur allmählich, auf ihre eignen Zechen zu übertragen“. Was von vornherein von allen öffentlichen Anklägern behauptet wurde, wird damit ohne Umschweife zugegeben, daß es sich um ein rein kapitalistisches, profitlüsternes Unternehmen handelt, durch das Hunderte und Tausende von Arbeitern drohtlos und heimatlos gemacht und die Gemeinden und Gewerbetreibenden aufs äußerste geschädigt werden. Die Denkchrift muß im Anschluß daran weiter zugeben, daß „dieses Bestreben vornehmlich durch die Bestimmungen des neuen, am 1. Januar 1904 in Kraft getretenen Syndikatsvertrages hervorgerufen worden ist“. Damit fällt, von allem andern einmal abgesehen, das ganze Gerede der Kohlenbarone von der „Unrentabilität“ der stillgelegten Zechen allein schon in sich zusammen, denn es wird niemand glauben, daß die Unrentabilität dieser stillgelegten Zechen erst plötzlich und bei allen zu gleicher Zeit kurz nach Inkrafttreten des neuen Syndikatsvertrages gezeigt habe. Ja, die Denkchrift muß selbst dort, wo auch sie von der Unrentabilität redet, zugeben, daß bei höheren Kohlenpreisen oder wenn mehrere Gruben im Betrieb zusammengelegt und mit modernen Anlagen ausgerüstet würden, sie wieder mit Aussicht auf Gewinn in Betrieb genommen werden könnten. Es handelt sich also selbst hier nicht um natürliche Gründe für die Entvölkerung ganzer Gegenden, sondern lediglich um Gründe geistlich-kapitalistischer Art, die aber heute schon überwunden werden könnten, wenn der Staat auf Grund des bestehenden Berggesetzes sich seiner Pflicht bewußt würde und selbst durch Erwerb der betreffenden Zechen eingriffe, wenn er ihre Besitzer nicht zum eignen Betrieb zwingen will.

Die Denkchrift sucht auch bei dieser Frage allen entscheidenden Urteilen aus dem Wege zu gehen und ist göttlich befriedigt, wenn die Herren des Kohlen-Syndikats alle Gegenätze, die selbst einen Augenblick die Geheimräte zu beunruhigen drohen, mit lauter Hand wieder glätten und zur Ruhe bringen. Herr Müller will Ruhe und warum sollen sich seine Geheimräte da aufregen!

Diese Beruhigung muß nun aber notwendigerweise da ein gewisses Ende erreichen, wo die nackten Zahlen eine gar zu eindringliche Sprache reden, und man merkt es den geordneten Ausdrücken förmlich an, wie unangenehm solche Zahlen sind. Es handelt sich um die Verluste der Gemeinden durch die erfolgten oder bevorstehenden Stilllegungen. Wir greifen aus den Mitteilungen der Denkchrift nur ein Beispiel heraus. Durch die Stilllegung der Zeche „Maria Anna“ und „Steinbau“ sind im wesentlichen die Gemeinden Höntrup und Eppendorf, beide Kreis-Gemeinden, betroffen. Bei Höntrup gestalteten sich die Dinge nun so: der Ort hatte am 1. Januar 1904 eine ortsanwesende Bevölkerung von 5542 Seelen; von den zu dieser Zeit auf der Zeche beschäftigten Beamten und Arbeitern wohnten in Höntrup 638, darunter: 261 verheiratete mit 1426 Familienangehörigen, 277 unverheiratete, und 37 Hausbesitzer. Von diesen haben bis zum 1. Juni 1904 die Gemeinde verlassen 256, darunter 69 verheiratete mit 279 Familienangehörigen, 187 unverheiratete, kein Hausbesitzer. Der Finanzbedarf der Gemeinde beträgt 100 234 M., hiervon werden aufgebracht durch Gemeinde-Einkommensteuer 69 588 M., durch Realsteuern 39 596 M., durch sonstige Einnahmen 1000 M., darunter von der Zeche: an Gemeinde-Einkommensteuer 23 000 M., an Realsteuer 19 516 M., von deren Beamten und Arbeitern: an Gemeinde-Einkommensteuer 12 000 M., an Realsteuern 1400 M. Durch die Stilllegung erleidet die Gemeinde nun also einen Steueranfall von insgesamt 46 350 M., d. h. beinahe die Hälfte ihres gesamten Finanzbedarfes! Um diesen Ausfall zu decken, müßten die Einkommensteuer und die Realsteuern je von 166% bzw. auf 346 Proz. erhöht werden! Es soll jedoch die Hoffnung vorliegen, durch allerlei Mitteln die Erhöhung nicht über 200 Proz. kommen zu lassen. Bei diesen mit Wohlgefallen notierten Mitteln giebt die Denkchrift auch an, daß durch den Fortzug einer Anzahl Schulkinder die Ausgabe für eine Lehrerstelle mit 2000 Mark jährlich erspart werde.

Nächst Höntrup und Eppendorf lassen sich selbst für die Herren Geheimräte der Herren Müller und Hammerstein die Verhältnisse auch bei denjenigen Gemeinden einigermassen übersehen, bei denen die Hauptwirkung der Stilllegung in dem Ausfall oder der Verringerung der bisher von den Zechen gezahlten Steuern besteht, so in Schüren, Sommera, Niedersprochhövel, Ueberruhr, Eiberg und Altaden. In diesen Gemeinden würden unter Zugrundelegung der jetzigen Verhältnisse erhöht werden müssen:

In der Gemeinde	die Einkommensteuer		die Realsteuern	
	von	auf	von	auf
Schüren	160 Proz.	162 Proz.	180 Proz.	241 Proz.
Sommera	270	370	270	370
Niedersprochhövel	280	308	304	204
Ueberruhr	180	195	185	180
Eiberg	135	191	135	188
Altaden	250	273	250	273

Hierbei ist aber der etwaige Fortzug weiterer Arbeiter und der dadurch entstehende Steueranfall noch nicht berücksichtigt! Das wagt die Denkchrift gar nicht zu berechnen, denn für diejenigen Gemeinden, wo weniger die Steuern der Zechen als diejenigen ihrer

Beamten und Arbeiter ins Gewicht fallen, verzichtet die Denkchrift überhaupt auf eine Berechnung der in der Gemeinde entstandenen oder ihnen drohenden Steuererhöhung, sie behauptet beruhigend, daß sich „ein genügend sicheres Urteil zur Zeit“ darüber noch nicht abgeben lasse.

Bei weniger syndikalbegeisterter Tendenz hätte sich diese Berechnung sehr wohl durchführen lassen. Freilich wäre dazu auch eine völlig andre Methode bei der Berechnung und Beurteilung der Brotlosmachung und des Ortswechsels der Arbeiter nötig gewesen. Bei dieser gewichtigen Frage schwimmt die Denkchrift nämlich auch völlig im Fahrwasser des Syndikats und der Zechen. Am augenfälligsten zeigt sich das im einzelnen wieder bei der famosen Angabe, daß „infolge Kündigung seitens der Zeche“ nur insgesamt 451 Arbeiter bis zum 1. Juni 1904 aus der Arbeit geschieden seien, „infolge freiwilliger Abkehr“ aber außerdem insgesamt 3481. Wir sehen einmal ganz von all den speziellen und beglaubigten Angaben der Bergarbeiterpresse über direkt angesagte Kündigung seitens der Zechenverwaltungen ab, es genügt völlig, wenn wir feststellen, daß die Herren Geheimräte zum Beispiel nicht als Kündigung seitens der Zechen ansehen, wenn den Arbeitern durch Anschlag mitgeteilt wird: an dem und dem Tage hört der Betrieb der Grube auf. Daraus ergibt sich, was die Untercheidung, ob infolge Kündigung oder infolge freiwilliger Abkehr hier tatsächlich für einen Wert hat. Nach der Denkchrift waren nun also bis zum 1. Juni insgesamt aus der Arbeit geschieden 3932 Arbeiter, davon waren 1995 verheiratet, 281 Hausbesitzer. Diese 3932 Arbeiter machen aber 43,6 Proz., also beinahe die Hälfte, der am 1. Januar 1904 auf den betreffenden Zechen noch vorhandenen 9041 Arbeiter aus! Einen weiteren Gipfel der Oberflächlichkeit erreicht die Denkchrift auch bei den Angaben über den Ortswechsel der Arbeiter. Sie behauptet einfach, daß bis zum 1. Juni 1904 aus den betreffenden Gemeinden nur 1422 Arbeiter, darunter 476 mit 2123 Familienangehörigen „verzogen“ seien. Der Begriff „verzogen“ besagt hier natürlich zunächst aus dem Grunde gar nichts, weil er nicht diejenigen Arbeiter mitumfassen kann, deren vollzeitlicher Wohnort wohl noch der alte geblieben, die aber ihre Arbeit an ganz andern, oft weitest entfernten Orten haben suchen müssen und nur alle vierzehn Tage zu ihrer Familie zurückkehren können oder jeden Tag eine mehrtägige Fahrt oder Wanderung zu ihrer Arbeitsstätte machen müssen. Die Angabe erschöpft aber auch infomeren die Wirkung der Stilllegungen gar nicht, als die Verfasser der Denkchrift absolut keine Ahnung davon zu haben scheinen, daß es so etwas wie Mietkontrakte giebt, die erst am Quartalsseifen ablaufen; der Stand am 1. Juni besagt also auch infomeren nichts, als er nicht mitberücksichtigt, wie viele Hunderte von Arbeitern und Familien lediglich infolge ihrer Mietkontrakte noch bis zum 1. Juli an ihren alten Wohnort gefesselt sind und erst nach dem 1. Juli abwandern werden.

Aus all diesen einzelnen Oberflächlichkeiten, Unzuverlässigkeiten und positiven Unrichtigkeiten wie aus der tendenziösen, völlig unzulänglichen Methode der Untersuchung ergibt sich also als Resultat, daß der Wert der ganzen preussischen Untersuchung und Denkchrift gleich Null ist. Die Untersuchung hat in keiner Weise das erreicht (und ihre Veranstalter hatten dazu auch nicht die Absicht) was zu fordern ist, um die in Frage kommenden Verhältnisse gründlich und unbeeinträchtigt von interessierter Seite aufzudecken, wenn es dessen noch bedürfte. Wir sind durch die famose Arbeit der Geheimräte der Herren Müller und Hammerstein nicht um einen einzigen Schritt vorwärts gekommen. Freilich konnte man ja im voraus nur ganz geringe Hoffnungen haben, daß aus Anregungen und Wünschen eines Dreiklassen-Parlaments überhaupt jemals etwas halbwegs Vernünftiges und Brauchbares herauskommen würde. Die Regiererei der Herren Müller und Hammerstein hat ihre Pappenheimer richtig eingeschätzt, und es bleibt nur übrig, wenn überhaupt irgend eine weitere Klarheit eintreten soll, daß die Untersuchung der Verhältnisse im Ruhrgebiet einer andren Instanz übertragen wird. Wir stellen gar nicht wieder die für Preußen-Deutschland revolutionäre Forderung einer rein parlamentarischen Enquete, sondern wir fordern nur, daß der Reichstag im Verfolge seiner Interpellation vom 21. April 1904 die Sache erneut in die Hand nimmt und das Reichsamt des Innern erucht, in Gemeinschaft mit einer entsprechenden Anzahl Reichstags-Abgeordneter unter ausdrücklicher Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiter und Gemeinden eine neue Untersuchung und Berichterstattung vorzunehmen. Das ist das mindeste was geschehen muß, wenn nun einmal überhaupt noch „untersucht“ werden soll. Wir freilich meinen, daß die Vorgänge im Ruhrgebiet längst spruchreif sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Juli.

Pflichten der Neutralität.

Tokio, 7. Juli. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Das Gerücht, Riantschou werde von den Russen als Zufluchtsort benutzt werden, wird hier nicht ernst genommen. Eine amtliche Erklärung, in welcher es heißt, die japanische Regierung sei aberzeugt, daß Deutschland die Neutralität aufrechterhalten werde, ist heute veröffentlicht worden.

Das „Berliner Tageblatt“ erklärte letzter Tage, Deutschland verleihe durchaus nicht die Neutralität, wenn es der russischen Port-Arthur-Flotte in Klauschou Zuflucht gewähre. Japan sollte doch soviel vom Völkerrecht verstehen. Wir möchten umgekehrt dem „Berliner Tageblatt“ empfehlen, sich ein wenig besser über die Pflichten der Neutralität zu unterrichten.

Nach der modernen Auffassung von den Pflichten der Neutralität hat sich der Neutrale durchaus nicht passiv zu verhalten, wenn eine Kriegspartei versucht, neutrales Gebiet zu betreten. Sie hat vielmehr jeden derartigen Versuch abzuwehren; erst dann, wenn das unmöglich ist, genügt die Entwaffnung der Feindlichen und die Beschlagnahme des Kriegsmaterials. Das korrekte Verhalten des Neutralen in solchen Fällen ist namentlich dann von großer praktischer Bedeutung — insbesondere auch vielleicht für die rasche Beendigung des Krieges — wenn der Uebertritt in großen Massen erfolgt und durch die militärischen Erfolge des Gegners verursacht ist“ (Müllmann, Völkerrecht). Für die Japaner ist es aber in diesem Falle von größtem Einfluß auf den Verlauf des Krieges, daß sie die Port Arthur-Flotte entweder vernichten oder der eignen Kriegsslotte einverleiben kann, um sich dadurch für den weiteren Seekrieg zu stärken!

Deutschland hat also alle Ursache, die Neutralität in striktester Form zu beobachten!

Fiasco der Kartäuser-Kommission.

Paris, 7. Juli. (Eig. Ber.) Die Arbeiten der Kartäuser-Untersuchungskommission schließen wirkungslos ab mit der Entlarvung des Falschzeugen Cendres, des ehemaligen Kochs der Schnapsbrennerei.

Der fromme Mensch hat auf dem Kreuzstige zwei einander schmerzhaft widersprechende Zeugenschwüre geleistet. Das erste Mal schwor er, den K., den angeblichen Urheber der in Namen von Parlamentariern bei den Kartäusern angeblich versuchten Erpressung, nicht zu kennen und nicht wiedererkennen zu können. Das zweite Mal beschwor er das Gegenteil und nannte den Namen Mascourand, des Vorsitzenden des ministeriellen Republikanischen Komitees für Handel und Industrie. Nur der liberal-nationalistische Haß konnte die Kommissionsmehrheit verleiten, sich auf das offenbar meineidige Zeugnis des mündlichen Dieners einzulassen. Sie muß auf die nicht immer mögliche Erbringung eines schlagenden Unschuldsbeweises, der im gegebenen Falle nur ein Alibi-Beweis sein konnte, gerechnet haben. Bei der gewissenlosen Verleumdungstaktik der liberal-nationalistischen Presse würde auch das sich selbst aufhebende Zeugnis des mündlichen Dieners genügt haben, um Mascourand und mit ihm — was die Hauptsache — die Linksparteien politisch in den Kot zu ziehen. Es kam aber anders. Der Alibi-Beweis wurde von Mascourand, ja, ohne sein Zutun, von der Kommission selbst ermittelt, sobald das Datum des angeblichen Besuches des K. bei den Kartäusern genau festgestellt war. Die durch eigene Schuld schmählich herein-gefallene Kommissionsmehrheit war nun so gut, Mascourand seine Ehrenhaftigkeit feierlich zu bestätigen.

Hinter dem meineidigen Koch steht zunächst der Kartäuser-Deputierte Bisat. Dieser hat eingestandenemal mit dem falschzeugenden Bravo unmittelbar vor dessen sensationeller Aussage diniert. Auch sonst liegen schwere Indicien vor, daß der Falschzeuge von liberal-nationalistischer Seite bearbeitet wurde.

Das Gesamtergebnis der Untersuchung ist politisch desto günstiger für Combes, als sie von seinen schlimmsten Feinden in ihm tendenziös-feindlichem Sinne mit einer Unberschämtheit sondergleichen geleitet wurde. Der Berichtstatter der Kommission, Abg. Colin, ein abgefallener Ministerielle, wird den Ministerpräsidenten und dessen Sohn als völlig gerechtfertigt erklären. Nur will er das heuchlerische Bedauern hinzufügen, daß Combes die Gelegenheit aufgerollt hätte. Die liberal-nationalistische Verleumdung-Maffia, und ihre Bundesgenossen von der Linken haben allerdings guten Grund, die Anfröhlung der Affäre zu bedauern. Die vergiftete Waffe ist in ihren Händen zerbrochen worden; unter ihrer eignen unfeindlichen Mitwirkung. Und zum politischen Fiasco hat sie sich ein moralisches geholt. —

Australien.

Die politische Situation, die durch die Etablierung eines Arbeiterministeriums in den Vereinigten Staaten von Australien entstanden ist, bietet ein interessantes Bild. Die Klassenscheidung macht sich schärfer und klarer denn je bemerkbar. Keine der drei Parteien, die gegenwärtig im Parlament vertreten sind, hat eine eigne Majorität; jede ist auf die Unterstützung durch eine andre angewiesen, wenn sie regieren will. Ob die Freihändler die Regierung führten oder die Schutzzöllner, sie waren in der einen Frage auf die Unterstützung der Arbeiterpartei, in der andern auf die Unterstützung der andern bürgerlichen Partei angewiesen. Niemand hat bisher an diesem Zustande etwas aussetzen gehabt. Jetzt regiert die Arbeiterpartei und nun erscheinen plötzlich „die großen Prinzipien der konstitutionellen Regierung“ gefährdet.

Mit heißender Ironie schreibt der „Worker“ (Wrisbane) vom 23. Mai:

„Jeden Morgen kommen die Zeitungen in atemloser Erregung heraus, Fett und Linte aus jeder Pore schweißend, um uns zu erzählen, wie die großen Prinzipien der konstitutionellen Regierung in Gefahr sind und wie absolut notwendig für alle „recht denkenden“ Politiker es sei, alle andern Rücksichten fallen zu lassen und die Majoritätsherrschaft wieder herzustellen.“

Und Dealin annouciert jeden Tag, daß er bereit sei, sich auf dem Altar des Patriotismus zu opfern und einen Kompromiß mit Reid einzugehen. Und Reid proklamiert, daß er ebenso bereit sei, sich dem Wohl des Landes zu opfern und mit Dealin zusammen die Geschäfte zu übernehmen.“

Es offenbart sich darin der Klassengegensatz ganz unberschämlich und schon diese Wirkung des Arbeiterministeriums ist äußerst wertvoll

und würde allein seine Existenz, sei sie auch nur kurz, rechtfertigen. Es wird allgemein viel zur Aufklärung der Arbeiter beitragen.

Der „Wortler“ schildert noch in längerer Ausführungen die Sachlage und vertritt, in konsequenter Ausnützung der gegebenen Situation, ganz entschieden den Standpunkt, daß das Ministerium Balfour einer etwaigen Niederlage im Parlament nicht weichen dürfe, sondern an das Land appellieren müsse. Die Fragen Protektionismus oder Freihandel seien tot; jetzt sei die einzige Frage: für oder gegen die Arbeit (Labour or Anti-Labour). Und über diese Frage müßte das Volk zur Entscheidung aufgerufen werden, wenn das Parlament verfahe. —

Deutsches Reich.

Das Eintreffen des Herrn v. Witte wird von der Presse fast allgemein als günstige Vorbedeutung für das Zustandekommen des neuen deutsch-russischen Handelsvertrages angesehen. Die „Frankfurter Zeitung“ skizziert die Situation wie folgt:

Die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland, die durch Bevollmächtigte der beiden Staaten erst in Petersburg und dann in Berlin wochenlang geführt worden sind, haben bekanntlich seit mehreren Monaten, seitdem man in Berlin erfolglos auseinandergewandert war, geruht, und es hieß, daß Rußland zu ihrer Fortsetzung einladen werde. Jetzt ist aber auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege über die Hauptstreitpunkte, die bei dem Vertrage in Betracht kommen, verhandelt worden und man weiß seit einigen Wochen, daß diese Verhandlungen in dem einen oder andern wichtigen Punkte, also wahrscheinlich bezüglich der Höhe der Getreide- und Viehzölle, ein günstiges Resultat („günstig“ — d. h. im Sinne der Einigung der beiden Reiche, nicht etwa für das deutsche Volk. (Red. d. „Vorm.“) gehabt haben sollen. Bestimmte Angaben darüber sind nicht bekannt; man geht aber gewiß nicht fehl, wenn man annimmt, daß die durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges geschaffene politische Situation auf die Vertragsverhandlungen eingewirkt und die Geneigtheit in Rußland zu einer handelspolitischen Einigung mit Deutschland gefördert hat. Da scheinen gewisse diplomatische Erfolge vorzuliegen. Von einer Einigung über den Handelsvertrag, von der in letzter Zeit einige Blätter gesprochen haben oder gar von der nahe bevorstehenden Unterzeichnung des Vertrags ist noch keine Rede, aber werden jetzt die Verhandlungen mit besserer Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen.

Herr v. Witte reist nach Nordern, wo er mit dem Reichszankler Graf Bülow zusammentrifft. —

Standeswürdiger Arztbetrieb.

Der jüngst in Wiesbaden geführte Beleidigungsprozess, in dem der Regierungs- und Medizinrat Dr. Pfeiffer als Beklagter, 98 Ärzte als Kläger auftraten, hat mancherlei Aufklärung über ärztliche Standeswürde gebracht. Dr. Pfeiffer hat in amtlichen Eingaben an den Regierungspräsidenten die klagenden Ärzte, die den ärztlichen Verein in Wiesbaden bildeten, durch allerlei Behauptungen beleidigt. Eine Hauptrolle spielte dabei ein Herr Dr. Fischenich, dem Dr. Pfeiffer gewohnheitsmäßige Ausbeutung seiner Patienten nachgesagt hatte. Die Angelegenheiten des Dr. Fischenich spielten in der Weiseraufnahme die Hauptrolle, da Dr. Pfeiffer eine Anzahl Zeugen aufgeföhrt hatte, um seine Behauptungen über Dr. Fischenich zu beweisen.

Aus der Weiseraufnahme ergab sich, daß Dr. Fischenich in der That ein sehr teurer Arzt ist. Honorare von 700, 800 M. spielen in den Aussagen der Zeugen eine Rolle. Ein Kellner sollte 225 M. bezahlen, für die Behandlung eines Kindes 200 M. und ähnliches mehr. Dr. Fischenich will allerdings als teurer Arzt gelten, um, wie er erklärte, im Interesse seiner Kollegen seine zu große Praxis einzuschränken. Auffällig ist dabei allerdings, daß Dr. Fischenich solche, teilweise die Maximaltaxe stark überschreitende Forderungen nach der Behandlung stellte, ohne daß vorher eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden war.

Kennzeichnend ist nun, daß die geladenen Sachverständigen an dem Verhalten des Dr. Fischenich fast nichts anzusehen fanden; in den meisten Fällen fanden sie es vollkommen einwandfrei. Die Taxe könne nicht für das Normale, sondern nur für die Mindestgrenze gelten. Als stillschweigendes Übereinkommen zwischen Arzt und Patient gelten, daß sich keine Partei an die Taxe gebunden halte. Kurzum, das Rechnen, und recht viel nehmen, erschien in diesem Prozesse als die höchste Würde der Standeswürdigkeit. Ganz Unbemittelte behandelt man dann lieber ganz unentgeltlich, wie der Sachverständige Prof. Rehm auf entsprechende Frage erklärte.

Dr. Fischenich wollte wissen, warum er Arzt sei, sagte sein Rechtsanwalt in der Anklagerede.

Der Fall interessiert uns von dem Gesichtspunkte des Kampfes der Ärzte gegen die Krankenkassen. Die Ärzte verlangen von den Krankenkassen angemessene, standeswürdige Bezahlung. Fragt man, was standeswürdig oder angemessen sei, dann wird man wohl auf die Taxe verwiesen. Wir haben schon mehrmals ausgesprochen, daß die Taxe ein ganz ungeeigneter Maßstab sei. Aus diesem Prozesse erfährt man, daß auch von den Ärzten selber die Taxe als nicht maßgebend betrachtet wird; es wurden mehrfach die guten Vermögensverhältnisse einzelner Patienten zu Gunsten des Dr. Fischenich erwähnt. Es ist nicht unangemessen und nicht standesunwürdig, das Vielfache der Taxe zu fordern, wenn es der Schuldner leisten kann. Wir haben als angemessene Honorierung bisher immer eine solche betrachtet, die der Leistung angemessen sei, die Ärzte in diesem Prozesse stellen sich aber auf den Standpunkt, daß die Vermögensverhältnisse des Patienten maßgebend sind dafür, was für den Arzt standeswürdig und was als angemessene Honorierung zu betrachten sei.

Wir möchten auf solche Standeswürde lieber verzichten; wir halten es für würdig, daß die Bezahlung einer Leistung dem inneren Werte dieser Leistung entspricht. Von reichen Leuten mehr zu fordern, ohne daß man ihnen besseres geleistet hat, halten wir für sehr unwürdig. Das ist der bei Trinkgeldern übliche Maßstab oder bei gewissen Händlern, die es sich auch zu nütze machen, daß der Frau Kommerzienrätin keine Wurst teuer genug ist. Aus solchen unwürdigen Verhältnissen ist der fest angestellte Arzt befreit. Die ärztliche Wissenschaft würde erst zu wahrer Würde gelangen, wenn sie von der Standeswürde des strapellosen Reichtums befreit wäre.

Auf die „socialpolitische Einsicht“ der Herren Ärzte, die es für Krankenkassen etwas billiger und für ganz Unbemittelte umsonst machen wollen, möchten wir gern ebenso verzichten. Es ist eine Situation, die uns der damit Beglückten ebenfalls unwürdig erscheint; wir wollen sie davon befreien, sich von dem Arzte etwas schenken und sich dafür als bewohlthäter betrachten zu lassen. Wo Trinkgeldgeben üblich ist, da entzieht sich niemand gern der wenn auch lässigen Verpflichtung, um nicht entsprechend behandelt zu werden. Angemessene Bezahlung der Leistung erscheint dagegen jedermann als selbstverständlich.

Der fest angestellte Arzt kann seinen Leistungen entsprechend besoldet werden und da sind wir für sehr gute Besoldung; der gewerbetreibende Arzt, der nimmt, was er kriegen kann und Unbemittelten „Wohlthaten“ erweist, sollte so schnell wie möglich verschwinden. Wir halten den jetzigen Zustand des ärztlichen Betriebes für unwürdig und gemeinschädlich. —

Der Reichszankler v. Bülow Vertreter nur einer Klasse! Diese Behauptung stellen nicht wir auf sondern — der Staatsanwalt Rosenthal zu P r e s s a u. Die Anklageschrift gegen die

Genossin Clara Zeilin behauptet, wie wir hören, Genossin Zeilin habe verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander aufgereizt. Und wer sollen diese „Klassen“ sein? Es sollen die Versammlungszuhörer die eine Klasse und die Bourgeoisie, als deren berufener Vertreter Herr v. Bülow (nach der Anklage) anzusehen ist, die andere Klasse sein! Bülow haben sich die Behörden und die bürgerlichen Parteien energisch gegen die Behauptung verwahrt, daß die Beamten Vertreter nur einer Klasse seien, daß Klassenjustiz herrsche usw. Die Staatsanwaltschaft zu Breslau ist in ihrer Anklage zu anderer Ansicht gelangt. Nicht minder wunderbar ist die Annahme, ein Versammlungsbefucher könnte eine Klasse darstellen. Eine solche Annahme geht noch weit über den berechtigten § 100 des altpreussischen Strafgesetzbuches, den Hah- und Verachtungsparagraphen, hinaus. Die Fassung des § 100 des Strafgesetzbuches sollte Schutz gegen derlei „bärg Konstruktionen“ bieten, wie sie die Praxis auf Grund des Hah- und Verachtungsparagraphen geübt hat. Die Konstruktion des Breslauer Staatsanwalts geht noch weit über das hinaus, was je auf Grund des Hah- und Verachtungsparagraphen konstruiert wurde. Uebrigens anerkennt die Anklageschrift nicht nur, daß eine Klassenherrschafft bestehe, in der der Reichszankler als berufener Vertreter der Bourgeoisie fungiere; sie enthält noch ein andres für Socialdemokraten wertvolles Zugeständnis. Sie anerkennt, daß die Darstellung heutiger Zustände anreizend wirken müsse. Sie behauptet nämlich von der Anklage, diese habe die heutigen Zustände in agitatorischer und aufreizender Weise dargestellt, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu gefährden. Daß die bestehenden Zustände so schlimm sind, daß ihre lebhafteste Darstellung sogar den öffentlichen Frieden gefährde, ist ein staatsanwaltliches Zugeständnis, für das die Socialdemokratie eigentlich dankbar sein müßte. Man darf daher erwartungsvoll sein, ob diese Anklage zur Eröffnung des Hauptverfahrens führen wird. —

Der Zehnstundentag als „kleineres Uebel“.

Die Gesellschaft für sociale Reform hat dem Bundesrat einen Antrag eingereicht, der die Einführung des Zehnstundentages für Fabrikarbeiterinnen bezweckt. Die bairischen Handelskammern sind nun zu einem Gutachten über diesen Antrag aufgefordert. Infolge dessen hat sich unter anderem auch eine Generalversammlung des Vereins süddeutscher Baumwoll-Industrieller mit der Frage beschäftigt und einstimmig beschlossen, in erster Linie an den jetzt gültigen Vorschriften über die Arbeitszeit festzuhalten; sollten aber die gesetzgebenden Faktoren sich entschließen, eine weitere Beschränkung der Arbeitsdauer gesetzlich festzulegen, so erachtete der Verein „gegenüber der von der Reichsregierung in Aussicht genommenen weiteren Differenzierung der Arbeitszeit je nach den einzelnen Arbeiterkategorien und Altersklassen den allgemeinen zehnstündigen Arbeitstag für weitaus das kleinere Uebel“. Der Zehnstundentag der Frauen bedeute in der Textilindustrie ohnehin den allgemeinen Zehnstundentag; die Festsetzung einer verschiedenen Arbeitszeit für männliche Arbeiter, für Arbeiterinnen, für Ehefrauen und für Jugendliche sei viel störender als der allgemeine Zehnstundentag; eine gesetzliche Festlegung der Mittagspause sei unnötig. Bei diesem Beschluß sei die Generalversammlung von der Erwägung ausgegangen, daß es sich bei der jetzigen parlamentarischen Lage gar nicht mehr darum handelt, ob eine weitere Einschränkung der Arbeitszeit stattfinden soll oder nicht, sondern nur mehr darum, ob die erwähnten komplizierten Einzelbestimmungen oder der glatte Zehnstundentag Gesetz werden soll. Aus triftigen Gründen ist letzteres vorzuziehen.

Die Idee eines allgemeinen gesetzlichen Normalarbeitstages marschirt also! Die Enthaltungen über die geradezu grauen-erregenden Zustände in einigen Industrien und bei einzelnen Arbeiterkategorien haben allmählich dahin geführt, daß für eine ganze Reihe von Berufen aus gesundheitlichen Rücksichten Arbeitszeitbeschränkungen vorgenommen worden sind. Für die Arbeiterinnen hat man den gesetzlichen Elftundentag eingeführt. Die Erfahrungen mit demselben haben nun gezeigt, daß in Betrieben, in denen die Frauenarbeit eine große Rolle spielt, die Weiterarbeit über die für Frauen zulässige Arbeitszeit hinaus für das übrige Personal nicht gut möglich ist. Eine weitere Einschränkung der Frauenarbeit auf zehn Stunden täglich steht aber wohl infolge der Erhebungen der Fabrikinspektoren über diese Frage bevor. Wenn da die Vertreter der Industrien, welche infolge einer solchen Verlängerung der Arbeitszeit auch für das übrige Personal früherer Schluß machen müssen, den Zehnstundentag überhaupt wünschen, so geschieht dies zwar nicht in reiner Selbstlosigkeit und aus sozialem Verständnis für die Lage der Arbeiterin; da aber „über Motive nicht abgeurteilt wird“, kann es den Arbeitern schon recht sein, wenn die Vertreter jener Kreise sich für den reinen Zehnstundentag ertönnen. —

Warum geht es in Preußen nicht?

Die neueste offizielle Statistik über die Soldatenmishandlungen hat bewiesen, daß die Soldatenmishandlungen immer noch nicht abnehmen. Zum Beweise dafür, daß auch innerhalb des jetzigen Systems die Qualereien eingeschränkt werden können, sei eine kleine offizielle Statistik über die in Bayern von 1880 bis 1892 vorgekommenen Fälle von Mishandlungen z. angeführt: 1880: 174 Fälle, 1881: 154 Fälle, 1882: 109 Fälle, 1890: 95 Fälle, 1891: 94 Fälle, 1892: 84 Fälle. Damit haben die bayerischen Kriegsminister v. Maillinger, v. Heintz und v. Safferling diese Einschränkung erreicht? Einzig und allein durch die Pensionierung der Offiziere, in deren Abteilungen systematische Mishandlungen vorliefen. Wandmal wurde nicht nur der Hauptmann der betreffenden Compagnie verabschiedet, sondern es flohen auch noch der Bataillonkommandeur und der Oberst hinaus. Schlecht ging es auch den Offizieren, die selbst mishandelten. So ließ z. B. ein Hauptmann einen Mann Laufschritt machen, bis er umfiel; in wenigen Wochen war der Herr invalid. Ein Leutnant hatte sich mehrere Mishandlungen zu Schulden kommen lassen; auch er verfiel dem Schwert. So ist man in Bayern den Mishandlungen mit Erfolg zu Leibe gegangen, obwohl die gerichtlichen Strafen für die Thäter häufig auch sehr milde ausfielen. Befolgt Herr v. Einem die nämliche Praxis, so wird sehr bald eine Besserung eintreten. Nach dem Erscheinen des nächstjährigen Handbuchs der preussischen Armee werden wir berichten, ob der Herr Kriegsminister wenigstens gegen die Soldatenqualen im Offizierskorps vorgegangen ist. —

Kriegsgerichtliche Gründlichkeit. Man berichtet uns aus Halle, 7. Juli: Mit einem Eifer, der einer andren Sache vielleicht würdiger erschienen wäre, war der Musikter Herrmann Kluge vom Regiment Nr. 153 in Altenburg zweimal vor Gericht gebracht worden. Der Attentäter fand am 15. Mai in einer Parade auf dem Truppenübungsplatz in Allen-Gradow eine Aufsichtslücke im Werte von 10 Pf. und verkaufte das Ding an einen Kameraden. Als sich dann herausstellte, daß die Karte einem anderen Kameraden gehörte, wurde Kluge vor das Standgericht in Altenburg gestellt. Dort prüfte man die That mit peinlicher Gewissenhaftigkeit, und kam zu der Ansicht, daß ev. Diebstahl vorliegen könne. Man erklärte sich schließlich für unzuständig und verwies die Sache zur Aburteilung an das Kriegsgericht der 8. Division in Halle. Dem Angeklagten und dem Zeugen hat es vielleicht riesigen Spaß gemacht, wegen der Anstaltskarte einmal eine Reise von Altenburg nach Halle zu machen, wozu die Kriegsrichter blidien sich etwas verwundert um, als das Co. aus beliet, wegen welcher der Angeklagte hierher beschieden war, auf dem Tisch des Hauses niedergelegt wurde. Die tragikomische Geschichte endete damit, daß Kluge wegen Unterschlagung der Karte zu der erheblichen Strafe von 8 Tagen Mittelarrst und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt wurde.

Darmstadt, 8. Juli. (Privattelegramm.) Wahlrechtsvorlage. In der Zweiten Kammer wurde die Wahlkreiseinteilung nach der Regierungsvorlage mit 32 gegen 12 Stimmen, sodann die ganze Wahlrechtsvorlage angenommen.

Eine ausführliche Depesche des „Wolffschen Telegraphenbureau“ berichtet:

Die Zweite Kammer beendete die Beratung der Wahlrechtsvorlage; sie nahm die neue Wahlkreiseinteilung nach dem Antrage des Ausschusses, wozu die Regierung sich eine Aenderung über ihre Stellungnahme vorbehält, mit 32 gegen 12 Stimmen an und setzte die Zeit des Wahlgeschäftes auf die Zeit von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, während die Regierung die Zeit von 10 Uhr morgens bis 6 Uhr abends vorgeschlagen hatte. In der Nachmittagsession wurden die übrigen Artikel nach dem Ausschussantrage, der sich im wesentlichen mit der Regierungsvorlage deckt, angenommen. Hierauf vertagt sich die Kammer bis zum Herbst.

München, 7. Juli. (Fig. Ver.) Zwischen der Kammer der Abgeordneten und den Reichsräten herrscht seit einiger Zeit ein äußerst gespanntes Verhältnis. Vor mehreren Wochen hat nämlich ein Centrum-Abgeordneter den Grafen Craillshelm wegen seiner Thätigkeit als Aufsichtsrat mehrerer großen Aktiengesellschaften heftig angegriffen. Da nun der ehemalige Ministerpräsident auch Mitglied der oberen Kammer ist, so nahm der Reichsrat v. Auers kirchlich Gelegenheit, im Auftrage des Finanzausschusses der Reichsräte diese Angriffe zurückzuweisen. Diese Zurückweisung geschah aber in einer so provocierenden Art, daß sie sich als ein ganz ungehöriger Angriff auf die Rechte der Volksvertretung und besonders auf die Redefreiheit darstellte. Allgemein hatte man nun erwartet, der Präsident der Abgeordnetenversammlung werde diese ungeheuerliche Anmaßung in schärfster Form zurückweisen. Das war aber nicht der Fall; Dr. v. Orterer begehrte ihr vielmehr in ganz auffallend milder Weise und der Vorstand der Centrumsfraction, Prälat Dr. v. Daller, meinte dieser Tage gar, man solle dergleichen Anwürfe in „wahrer Roblesse“ ignorieren. Es wird nicht Wunder nehmen, daß die Schwappellen nun erst recht übermütig werden und in der That haben sie sich in den letzten Tagen wieder eine neue Herausforderung erlaubt.

Der Stimmung Rechnung tragend, die ob dieser Vorgänge in Abgeordnetenkreisen herrscht, hat sich nun die socialdemokratische Landtagsfraction veranlaßt gesehen, an das Kammerpräsidium ein Schreiben zu richten, in dem der Aufschauung Ausdruck gegeben wird, daß bei dieser Entwicklung der Dinge die bisher geübte Zurückhaltung aufgegeben werden müsse und daß eine offene Besprechung der Sache notwendig sei. Die Fraction richte deshalb an den Präsidenten das Ersuchen, im Benehmen mit den Vertretern der Parteien des Hauses einen geeigneten Anlaß zur Herbeiführung dieser Aussprache wählen zu wollen. Auch die übrigen Fractionen sind unter Mitteilung dieses Schreibens erlucht worden, dazu Stellung zu nehmen und, wenn möglich, eine gemeinsame Kundgebung zur Wahrung der Würde und der Rechte der Volksvertretung herbeizuführen.

Aisch-Böhler-Frieden.

München, 8. Juli. Die Korrespondenz Hoffmann schreibt: Die Angelegenheit, die zwischen dem Kriegsminister Herrn von Aisch und dem Landtags-Abgeordneten Dr. Böhler schwebt, ist infolge einer regierungseitigen Intervention beigelegt worden. Dr. Böhler hat sich aus den ihm hierbei gegebenen Aufklärungen überzeugt, daß sein Vorwurf, der Kriegsminister habe im Falle des Einjährig-Freiwilligen Eras einen Vertrauensbruch begangen, grundlos war und hat daher diesen Vorwurf zurückgenommen und die Erklärung, die er schon am 15. März in der Abgeordnetenkammer abgegeben hatte, wiederholt, daß ihm bei seinem Vorgehen jede Absicht, den Kriegsminister zu beleidigen, vollständig ferngelegen hat. Hinsichtlich des von ihm in der Verhandlung vor dem Kriegsgericht erwähnten andren Falles hat Dr. Böhler erklärt, daß er diese Bemerkung ohnehin schon in der Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht dahin richtiggestellt hat, daß der Kriegsminister in jenem Falle überhaupt keinen Anlaß hatte, einzuschreiten. Der Kriegsminister v. Aisch hat dagegen den Strafantrag gegen Dr. Böhler zurückgezogen und erklärt, daß die von ihm in der Sitzung der Abgeordnetenversammlung am 14. März gemachte Aeußerung, daß Dr. Böhler gegen die Art seines Vorgehens nichts einzuwenden gehabt hätte, wenn dasselbe die Entlassung des Eras aus dem aktiven Dienst oder die Bestrafung des Unteroffiziers Jena wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zur Folge gehabt hätte, als nicht gesprochen gelten solle. —

Begen Majestätsbeleidigung wurde von der Aischaffenburger Strafkammer der Pfisterer Thron aus Worms zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Ueber die Lage in Südwestafrika

wird im Anschluß an die Behauptungen des Anstiedlers Wallace und der Frauen Koloff und Bremer noch gemeldet: Das Dreieck Waterberg-Olofongoho-Olahimua sei voller Herero, welche alle Aufschlieren durch Schützenlöcher mit Brustwehren zur Verteidigung eingerichtet hätten. Aisa sei schwerkrank; er könne sich kaum bewegen. Michael sei mit Samuel uneinig. Die gewöhnlichen Herero litten Hunger; auf sie nähmen die Orlogente und die Reichs, welche Reich und Aisch besitzten, keinerlei Rücksicht. Von den Ombolentun hätten die Herero auf ihre Ansuchen Munition erhalten, welche Ombolträger ins Lager brachten. Die Herero hätten noch viel Munition, sowie zahllose Späher; von Frieden wollten sie nichts wissen und behandelten alle früher bei Deutschen bedienstet gewesenen Stammesgenossen besonders schlecht. —

Soldaten-Gesuch für Südwestafrika. In Bayern muß die Begeisterung für den süd-afrikanischen Krieg sehr minimal sein und die Aufforderungen zur freiwilligen Meldung müssen recht geringen Erfolg gehabt haben, weil man sich jetzt persönlich an die Reservisten und Landwehrlente wendet, um die kriegerische Stimmung etwas anzufachen. Das Bezirkskommando Kärnberg hat an Reservisten und Landwehrlente ein durch Verbielfältigung hergestelltes Circular verendet, worin darauf aufmerksam gemacht wird, daß zur „Deckung des weiteren Bedarfs“ an Truppen für Deutsch-Südwestafrika freiwillige Meldungen „auf Segentwärtigem“ umgehend entgegengenommen werden. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Studentenprotest in Lemberg. Zu Wien wird vom 8. d. M. gemeldet: In Lemberg wollten gestern polnische Hochschüler nach Teilnahme an einer Versammlung, in der eine Protestkundgebung gegen die preussische Ansehungsnotelle und Sympathieumgebungen für die Finnländer, für Schauman und die Warschauer Arbeiter beschlossen wurden, die sich gegen die Willkür der russischen Behörden zur Wehr setzten, vor das deutsche Konsulat ziehen; sie fanden jedoch die Straße durch eine starke Polizeimannschaft abgesperrt. —

Ungarisches Abgeordnetenhaus.

Budapest, 8. Juli. (W. T. B.) In Erwiderung auf eine Aeußerung des Abg. Apponyi über den Abschluß eines Ausgleichs mit Oesterreich, auf der Grundlage des § 14 erklärte Ministerpräsident Graf Tisza, es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß nur zwei Wege möglich seien, entweder einen Ausgleich auf parlamentarischen Wege abzuschließen oder mit Hilfe des österreichischen § 14 einen Abschluß zu bewirken. Es seien nämlich nicht nur diese beiden Möglichkeiten vorhanden, sondern es gäbe hundert andre Wege, um zu einem Ergebnis zu gelangen; es werde die Aufgabe der Regierung sein, das zu thun, was unter den gegebenen Umständen am meisten im Interesse des Lande liege. Der Regierung liege gegenwärtig die Pflicht ob, die Bewegungsfreiheit des Abgeordnetenhauses und einer etwaigen künftigen Regierung nicht zu beschränken, weil insolge dessen jene politische Macht verloren gehen würde, die den ungarischen Faktoren im Zeitpunkt der Entscheidung über diese bedeutenden Fragen zusehen müsse. —

Schweiz.

Bern, 8. Juli. Der Bundesrat ermächtigte den Bundespräsidenten Comtesse, mit den Regierungen der größeren Staaten in Unterhandlung zu treten behufs Abschlusses permanenter Schiedsverträge.

Naturheilkunde und Kerze.

Zürich, 5. Juli. (Eig. Ber.) Vor einem Jahre wurde dem Zürcher Kantonsrat ein mit 7000 Unterschriften bedecktes Initiativbegehren betreffend die Freigabe der arzneilosen Heilweise (Naturheilverfahren) eingereicht und im April d. J. ließ der Regierungsrat der genannten Behörde eine längere, von ihm verlangte Begutachtung zugehen, die zu dem Schlusse kam, daß das Begehren zu verwerfen sei. In seiner gestrigen Sitzung stellte sich auch der Kantonsrat auf diesen Standpunkt und beschloß mit 158 gegen 5 Stimmen, dem Volke die Verwerfung des Initiativbegehrens zu empfehlen. Für die Verwerfung votierten auch unsere Genossen Dr. med. Kraft, Dr. med. Erdmann, Pfarrer Pfleger und Arbeitersekretär Grewlich, für die Annahme trat einzig unser Genosse Schriftführer Heuser ein. Seiner Forderung eines Lehrstuhles für die Naturheilkunde an der Zürcher Universität schlossen sich auch die erwähnten Genossen an. Genosse Erdmann betonte die Notwendigkeit der unentgeltlichen ärztlichen Behandlung und Genosse Pfleger sprach mit kritischen Worten über die Geldschonung der Kerze aus, was Hunderttausende von Arbeitern denken. Er erwidert die Gründe für das Initiativbegehren in den sozialen Verhältnissen und in der Haltung der Kerze, die sich zu wenig um das Volk kümmern, nur wenig für seine Belehrung thun, oft Gegner der Arbeiterorganisationen sind und bei Unfällen ihre Stellung zu Gunsten der Unfallversicherungs-Gesellschaften und der dividendenhungrigen Aktionäre mißbrauchen, wodurch die Arbeiter oft empfindlich geschädigt werden. Auch die chemische Industrie übt auf die Kerze einen verhängnisvollen Einfluß aus. Der industrielle Kapitalismus hat ein Interesse daran, seine Abfallprodukte an den Mann zu bringen, zum Schaden der Volksgesundheit. Die Kerze sind gut organisiert, sie sollten auch den Organisationen der Arbeiter Sympathien entgegenbringen.

Frankreich.

Paris, 8. Juli. Depuтиertenkammer. Montebella verlangte über die ärztlichen Fesseln, welche der in die Dreifus-Angelegenheit verwickelte Major Cuignet empfangen mußte, zu interpellieren und bestand darauf, daß die Interpellation am Montag besprochen werde. Ministerpräsident Combes wünschte, daß diese Interpellation erst nach den übrigen bereits eingebrachten verhandelt werde. Das Haus schloß sich mit 282 gegen 269 Stimmen dem Wunsche Combes an.

Collin legt den Bericht über die Untersuchung in der Kartäuser-Angelegenheit vor. Ferdinand Duiffon bringt ein Amendement ein, welches dahin geht, die französischen Schulen der Kongreganisten im Auslande und in den Kolonien aufzuheben. Duiffon verliest den Protokollbericht, in dem es heißt, daß die Unterhaltung solcher Schulen ein Zeichen der Unterwürfigkeit sei. (Lebhafte Proteste auf der Rechten und Linken.) Der Präsident ist gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen.

Paris, 8. Juli. Das „Journal officiel“ wird am 10. d. M. einen Erlass veröffentlichen, der die Schließung der kongreganistischen Schulniederlassungen anordnet. Das Gesetz wird unverzüglich gegen die kongreganistischen Niederlassungen in den Gemeinden ausgeführt werden, wo Latiananstalten sie errichten können.

Italien.

Rom, den 6. Juli. Die Entscheidung des Landeskomitees der Reformisten. Seit den ersten heftigen Erklärungen des „Tempo“, die der Form nach im Namen aller italienischen Reformisten abgegeben worden waren, haben zunächst lediglich die Mailänder Reformisten zum Referendum Stellung genommen. Und zwar haben sie sich unambiguös für die Trennung ausgesprochen, erst das Komitee ihrer autonomen Gruppen, dann die von weniger als hundert Mitgliedern besuchte Generalversammlung der Reformisten Mailands. Man erwartete darauf eine Stellungnahme der Fraktion, die eventuell ihren Bestand einer Durchsicht unterziehen sollte, um die nicht mehr der Partei angehörigen Abgeordneten auszuschließen. Eine Minderheit der Fraktionsmitglieder versocht hierbei den Gedanken, daß auch nach der Lösung der betreffenden Organisationen die Fraktion ihren bisherigen Bestand beibehalten sollte. Nachdem Ferri erklärt hatte, daß bis zum 30. September, dem von der Parteileitung festgesetzten Termin, die Möglichkeit einer verständlichen Beilegung gegeben sei, und Turati seinerseits versichert hatte, daß die Mailänder Gruppen sich auf keinen Fall unterordnen würden, nahm die Fraktion eine Tagesordnung Costa an, in der erklärt wurde, daß zur Zeit keinerlei Grund vorläge, die Beschaffenheit der Fraktion zu verändern.

Dies geschah am 30. Juni. Bald darauf veröffentlichte das Reformistenorgan von Reggio, die „Ginizzia“, einen Aufruf, in dem alle Reformisten beschworen wurden, sich der Einheit zu Liebe unterzuordnen. Einige autonome Circel, wie Savona, Ancona, Palermo unterwarfen sich bereits dem Referendum.

Am 3. Juli sollte nun in Mailand die Entscheidung fallen. Es schien, als sollte dort die Konstituierung der neuen Partei zusammen-treten. Die Mitglieder des Landeskomitees der Reformisten und alle hervorragenden Anhänger dieser Tendenz waren eingeladen. Von dem Komitee fehlte der Vertreter für die Emilia, Verganini; an Abgeordneten waren zugegen: Turati, Barazzani, Berenini, Albertelli, Ghisla, Prampolini und Bissolati hatten ihre Abwesenheit entschuldigt. Ein reformistischer Vertreter Mailands, Cabrini, fehlte.

Die Tagesordnung, die das Ergebnis der Beratung war, konstatiert, daß die reformistischen Circel aus der Partei ausgeschlossen wurden, nicht weil sie dem sozialistischen Programm untreu wurden und für die Spaltung gewirkt hätten, sondern vielmehr, weil sie der um die „Avanguardia“ gescharten Minderheit gegenüber das sozialistische Programm und den Einheitsgedanken verfolgten hätten; daß diese Circel unmöglich in einer Organisation zusammenleben können mit denen, die systematisch die sozialistische Aktion lähmen. Nach diesen Erwägungen erklärt die Tagesordnung es für eine Pflicht dieser Circel, ihre sozialistische Tätigkeit fortzusetzen, welche formalen Bedingungen die Parteileitung auch schaffen möge, und spricht schließlich den autonomen Circeln die volle Solidarität und Sympathie der Versammlung aus.

Die Reformisten haben also kein entscheidendes Wort gesprochen, sondern jedem überlassen, innerhalb oder außerhalb der Partei für die Sache des Reformismus zu wirken. Wir schieben bereits, daß wir an keine Spaltung glauben. Niemand wird das Ausschneiden einiger 100 Personen aus einer Partei, die 1200 Sektionen zählt, als Spaltung ansehen.

Türkei.

Konstantinopel, 7. Juli. (Meldung des „Wiener f. l. Telegr.-Korresp.-Bureaus“.) Die Pforte richtete gestern an die Postämter eine Note, in der sie um Zustimmung dazu ersucht, daß das neue Stempelgesetz vom 14. Juni an auch auf ausländische Unterthanen angewendet werde, da jede Verzögerung für die Interessen der Regierung nachteilig sein würde. Die Note teilt gleichzeitig zwei Änderungen mit, nämlich daß alle Zuschriften der Postämter und Konsulate, die nicht für die Gerichte bestimmt sind, stempelfrei sein sollen, und daß die Bestimmung betr. Vornahme von Nachforschungen in fremdländischen Handelsbüros und betr. die Stempelung von Geschäftsbüchern und andern Dokumenten fallen gelassen sei. In diplomatischen Kreisen findet man diese Änderungen dunkel und ist der Meinung, daß jeder Punkt, der einen Eingriff in die Verträge darstellen könnte, gänzlich und deutlich aus dem Stempelgesetz entfernt werden müsse.

Amerika.

Der demokratische Nationalkongress.

St. Louis, 7. Juli. Der zur Vorbereitung des demokratischen Programms eingesetzte Unterausschuß des demokratischen National-

kongresses entschied sich bezüglich des finanziellen Teils des Programms für die Beibehaltung der Goldwährung in ihrer gegenwärtigen Form. Darauf aber wurde dieser Vorschlag von dem Gesamtausschuß verworfen und mit 35 gegen 15 Stimmen beschlossen, die Währungsfrage überhaupt auszuschließen. Der Vorgang zeigt die große Vertwörung, die in der demokratischen Partei herrscht.

Die Abstimmung über den Minoritätsbericht zur Konvention der Delegierten gab den ersten Fingerzeig über die Stärke der verschiedenen Gruppen. Der Bericht, der von Bryan empfohlen wurde, wurde mit 697 gegen 301 Stimmen abgelehnt.

Über die andern Hauptfragen besagt der Bericht des Unterausschusses: Es wird der Resolution Bryans betreffend die Tariffrage zugestimmt, welche die Schutzzölle für Wäuderei erklärt und eine aufrichtige Herabsetzung des Tarifs ohne Störung des Geschäftslebens beschwört. Der Bericht spricht sich für eine frühzeitige Fertigstellung des Panamanalans aus, fordert eine kräftige Durchführung der Antitrust-Gesetze, befürwortet die gesetzliche Feststellung und Erweiterung der Befugnisse, welche der Interstate Commerce Commission zur Regelung des Güterverkehrs auf den Eisenbahnen zustehen und tritt für die Aufrechterhaltung der offenen Thür im fernem Osten ein.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Zur Lage auf dem Hauptkriegsschauplatz.

Petersburg, 7. Juli. Wie General Sacharow dem Generalstab von gestern meldet, versuchte der Feind am 4. Juli auf der südlichen Front die russischen Feldwachen zurückzudrängen, doch gelang diese Versuche nicht. Am 4. Juli unternahm die Russen eine Rekognosierung in der Richtung auf Sseniutschen und schlugen die Japaner in die Flucht. Eine Abteilung der russischen Freiwilligen bemächtigte sich der Eisenbahnstation, konnte aber nicht weiter vordringen, da die Stadt Sseniutschen von den Japanern besetzt war. In Siandian hält der Gegner den Südring des Pafes besetzt. Eine japanische Feldwache steht sechs Werst südlich von Siandian. Auch die Häfen im Süden von Polaitia hat der Gegner inne. Durch Rekognosierung ist festgestellt worden, daß die Sicherungsabteilungen der Japaner im Gebirge östlich von der Eisenbahn, sich von den Höhen südlich von Polaitia bis Chhuanan in Höhe eines linken Nebenlaufes des Thinstan erstreckten. Zamirgou sowie Nadiwaiwaia auf dem Wege von Chhuanan nach Khatolan haben die Japaner geräumt. Den Tschapanlinpaß hat eine kleine Abteilung des Gegners inne. Nach den Aussagen der Ortsbewohner haben die Japaner am 4. Juli in einem nächtlichen Gefecht bei Chhuanan an Toten und Verwundeten 700 Mann verloren. (?) Sichejan ist von den Japanern nicht besetzt, ihre Wache-Abteilungen stehen aber in der Nähe dieses Ortes und 12 Werst südlich vom Junglinpaß. Die Hauptstreikräfte des Gegners sind im Fenschulinpaß zurückgelieben. Am 5. und am 6. Juli hat es in der Umgebung von Tschitschao nicht geregnet, doch herrscht große Hitze.

Vom Wladivostok-Geschwader.

Petersburg, 7. Juli. Ein Telegramm des Viceadmirals Stchelow an den Kaiser vom 5. Juli besagt: Durch eine von der Torpedoboot-Abteilung des Hafens von Wladivostok und dem Transportdampfer „Lena“, die unter dem Befehl des Kapitäns zweiten Ranges Baron Kaden nach Genan ausgesandt waren, ausgeführte Rekognosierung ist festgestellt worden, daß sich in diesem Hafen keine Kriegsschiffe befinden. Auf der See befanden sich ein Kohlendampfer und ein Säuner, die verbrannt wurden, nachdem ihre Besatzung sie verlassen hatte. Ferner wurden zahlreiche Leichterfahrzeuge vernichtet, die am Ufer lagen. Im japanischen Viertel und am Ufer wurden japanische Truppen gesehen, die auf die Torpedoboote zu feuern begannen. Diese erwiderten das Feuer und zwangen die Japaner, sich zurückzuziehen. Die Torpedoboote setzten ferner die Kaserne in Brand; wir hatten keine Verluste.

Die Kreuzerabteilung unter dem Befehl des Vice-Admirals Weforawof suchte am 1. Juli, als sie die Koreastraße passierte, um 6 Uhr 20 Minuten abends auf sieben große Schiffe. Aufschneidend waren es vier Panzerkreuzer und drei Schlachtschiffe. Ferner wurden ein oder zwei Torpedoboote geschickt. Unser Geschwader lehrte um. Der Feind begann es zu verfolgen und eröffnete ein völlig ergebnisloses Feuer auf eine Entfernung von ungefähr 80 Kabellängen. Unsere Schiffe erwiderten das Feuer nicht. Um 8 Uhr abends unternahm 11 feindliche Torpedoboote einen Angriff auf unsere Schiffe, der ganz ergebnislos verlief. Die Admiral Weforawof glaubt, sind durch unser Feuer zwei Torpedoboote in Grund gebohrt worden. Am nächsten Morgen war der Feind nicht mehr zu sehen. Unser Geschwader erlitt weder Verluste noch Beschädigungen. — Am 4. Juli traf in Wladivostok unter dem Kommando des Vizeadmirals Weforawof der von unseren Kreuzern aufgebrauchte britische Dampfer „Chaltenham“ von 6000 Tonnen ein. Der Dampfer befand sich auf der Fahrt von Diabi nach Fusan und hatte Schwellen sowie Holz für die Eisenbahn Seoul-Fusan an Bord.

Von Port Arthur.

Tokio, 8. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Gegenwärtig werden Operationen von erster Wichtigkeit innerhalb der Kriegszone durchgeführt, es gelingt aber der Regierung, sie in fast vollkommenes Geheimnis zu halten. Seit der Besetzung von Doloh hat die Regierung hinsichtlich der Belagerung von Port Arthur vollkommenes Stillschweigen bewahrt. Es gelangen zusammenhangslose Nachrichten aus verschiedenen Quellen, namentlich chinesischen, nach Japan, deren Belanglosigkeit oder Uebereinstimmung nach dem Auslande ist aber bei schwerer Strafe untersagt. Weder bei der Port Arthur belagernden Armee, noch bei der Armee des Generals Du oder bei der Tschitschan-Armee befindet sich ein Ausländer, und die Kriegskorrespondenten und fremden Militärattachés, die die Armee des Generals Kuroki begleiten, dürfen ein Gebiet von zwei Kilometer Durchmesser nicht überschreiten.

Tschifu, 8. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein für glaubwürdig angesehenes Chineser, der von der Ostküste Liaotung, unweit Port Arthur, hier eingetroffen ist, berichtet: Eine Division der japanischen Armee hat am 5. Juli den Nordosthang des Tschitschanberges erreicht, dessen Gipfel weniger als drei Meilen von Port Arthur entfernt ist. Die Division hatte sich auf der Landstraße nördlich von Port Arthur von einer andern Division getrennt und war durch das bergige Land marschiert, während die andre Division den Marsch auf der Straße in der Richtung auf das Marinelager fortsetzte. Sie muß, um dieses zu erreichen, über ebene Gelände marschieren; indessen ist das Marinelager, sobald eine japanische Division auf dem Tschitschanberg steht, nicht zu halten. Das auf der Hauptverteidigungslinie gelegene russische Fort Nummer 16 wurde gestern von den Japanern genommen.

Eine englische Flottendemonstration.

Wei-hai-wei, 7. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das hier liegende, aus vier Panzerschiffen, vier Kreuzern, einem Aviso und einem Torpedoboot bestehende englische Geschwader ist heute nachmittags unerwartet mit unbekannter Bestimmung abgedampft.

Die englische Flottendemonstration steht offenbar in Verbindung mit folgendem Vorgange:

Tientsin, 8. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das englische Kanonenboot „Espiegle“ ist von Kutschwang nach Tschingwangtao in See gegangen. Die Russen erhoben Widerspruch gegen seinen dortigen Aufenthalt.

Ein russisches Kanonenboot ist vor der Mündung des Liao vor Anker gegangen, um, wie man glaubt, der „Espiegle“, falls sie zurückkehren sollte, die Durchfahrt zu verwehren.

Zum Untergang des Kreuzers Raimon.

Tokio, 7. Juli. (Ämtliche Meldung.) Admiral Togo berichtet über den Untergang des Kreuzers Raimon. Dieser ist am 5. Juli, als er sich mit besonderem Auftrag vor Talienwan befand, bei dichtem Nebel auf eine russische Mine gestoßen und gesunken. Drei Offiziere, darunter der Kommandant Tschakowski, ferner 13 Unteroffiziere und Gemeine werden vermisst, der Rest der Besatzung ist gerettet.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Handel mit Italien, Russland und Finnland im Jahre 1903. Vom Band 158 der „Statistik des Deutschen Reichs“, in dem das Kaiserl. Statistische Amt den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets im Jahre 1903 zur Darstellung bringt, sind soeben die Hefen II und V über den speziellen Handelsverkehr mit Italien und Russland und Finnland zur Ausgabe gelangt. Sie beginnen wieder mit einer allgemeinen Besprechung dieses Verkehrs, worin dessen Hauptmerkmale hervorgehoben und die Handelsstatistiken der genannten Länder zum Vergleich herangezogen sind, und lassen dieser die umfangreichen Tabellen über die Einfuhr und die Ausfuhr der einzelnen Warengruppen und Warenquantitäten im Special- und Gesamteigenhandel des Jahres 1903 unter Vergleichung mit den Jahren 1897 bis 1902 folgen.

Ins Italien kam hiernach auch im Jahre 1903 hauptsächlich Seide, die nahezu die Hälfte des gesamten Einfuhrwertes ausmacht, alsdann Südbirnen, Hanf, Wein und andre hochwertige Erzeugnisse des Landbaues, Eier, Olivenöl, Schwefel, Marmor und Abfälle der Edelmetallbereitung. Der Gesamtwert des Specialhandels betrug einschließlich der Edelmetalle 200,1 Mill. Mark gegen 192,5 Mill. M. im Jahre 1902 und ohne Edelmetalle 195,9 Mill. M. gegen 188,9 Mill. M. im Vorjahre. Auf die genannten wichtigsten Einfuhrartikel verteilen sich die Werte also: Seide (85,4 Mill. Mark, worunter ungefärbte Rohseide mit 81,5 Mill. M.), getrocknete Mandeln (9,7), Hanf (8,3), frische Äpfel (7,2), Weinbeeren (7,1), worunter 5,6 Tafeltrauben, 1,5 andre frische Weinbeeren, frisches Obst (besonders Äpfel, Birnen, sowie Kirschen und andre Steinobst 5,3), Eier und Eigelb (4,7), Marmor (4,6), Schwefel (4,3), reife Käse, Kastanien (4,0), Olivenöl in Fässern (3,2), frische Nadelgewächse (3,1 Millionen Mark). — Die Ausfuhr nach Italien bestand besonders in Erzeugnissen der Metall-, Textil-, Leder- und chemischen Industrie sowie in Kurzwaren; darunter in Maschinen und Maschinenteilen (11,7 Millionen Mark), lackiertem und gefärbtem Leder, Handschuhen, Korbanen usw. (8,8), wollenen Tuch- und Zeugwaren, unbedruckt (7,8), groben Eisentwaren (7,1), Anilin- u. a. Teerfarbstoffen (6,4), Waren aus edlen Metallen usw. (5,0), Gold, roh (4,5), Rohseide, gefärbt (3,2). Die gesamte Ausfuhr im Specialhandel ist bewertet einschließlich der Edelmetalle auf 130,1, ausschließlich derselben auf 131,0 Millionen Mark gegen 130,0 bzw. 125,4 Millionen Mark im Vorjahre.

Der Gesamtwert der Einfuhr aus Russland, ohne Finnland, betrug im Jahre 1903 überhaupt 828,3 Millionen Mark, ohne Edelmetalle 822,3 Millionen Mark; im Jahre 1902 hatte die Einfuhr von dort nur 760,4 bzw. 758,9 Millionen Mark erreicht. Die Ausfuhr nach Russland betrug 1903 überhaupt 378,6 Millionen Mark, ohne Edelmetalle 323,4 und 1902 überhaupt 343,7 bzw. 299,5 Millionen Mark. Die wichtigsten Einfuhrartikel sind: Getreide (108,6 Millionen Mark), Weizen (101,1), Roggen (72,6), Eier, Eigelb (55,2), Bau- und Nutzholz (54,7), Flach, gebrochen, gefärbt (41,3), Mele (38,6), Hafer (37,8), Häute und Felle zur Pelzwerkbereitung (29,2), lebendes Federvieh, insbesondere Gänse (27,3), Vorsten (15), Dellsaaten (14,7), Milchbutter (13,4), Alesaat usw. (12,2), Hanf (11,8), Kalfelle, gekaltete und trodene (11,3), mineralische Schmieröl (10,3), Erbsen (10 Millionen Mark); die hauptsächlichsten Ausfuhrwaren dorthin: Gold, roh (50,6), grobe und feine Eisentwaren (31,7), Maschinen und Maschinenteile (25,3), rohe Baumwolle (14,5), Rindshäute (12,4 Millionen Mark).

Was schließlich Finnland betrifft, so lieferte es dem deutschen Zollgebiet hauptsächlich Bau- und Nutzholz; denn von dem Gesamtwert der Einfuhr von 15,4 Millionen Mark gegen 13,2 im Jahre 1902 entfielen 10,4 auf Bau- und Nutzholz. Der Rest entfällt auch noch größtenteils auf Holzstoffe. Die Ausfuhr nach Finnland betrug im ganzen 34,4 Millionen Mark gegen 28,4 im Vorjahre. Die wichtigsten Ausfuhrartikel waren: Mehl (5,1), Rindshäute (1,6), Maschinen und Maschinenteile (1,6), Wollengarn außer harten Stammgarn (1,3), wollene Tuch- und Zeugwaren, unbedruckt (1,3), Roggen (1,3), Getreide, geschrotet (1,1 Millionen Mark).

Eine Konferenz über bergbaurliche Fragen fand dieser Tage im Abgeordnetenhause statt. Sie ging aus vom Handelsminister Köller, der mit einigen Räten sich auch aktiv an ihr beteiligte. Allen Ansichten nach handelt es sich um die Vorgänge im Ruhrrevier und die darüber letzthin publizierte Denkschrift, denn es waren nur sogenannte Sachverständige aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zur Konferenz geladen.

Siemens-Schuckert. Den Siemens-Schuckert-Becken ist, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, die Ausattung des Zeltos Kanals mit den Einrichtungen für elektrisches Licht und Kraft übertragen worden. Dieser Auftrag ist bemerkenswert durch seine Größe, noch mehr aber dadurch, daß hier zum erstenmal eine Dreiteile für einen Kanal vollständig elektrisch (elektrische Lokomotiven) eingerichtet wird. Die zu den Anlagen gehörende Centrale wird auch Strom an die benachbarten Gemeinden abgeben. Weiter wird berichtet, daß bei Siemens u. Halske eine neue elektrische Lampe konstruiert sei, die außerordentliche Erfolge verspreche. Infolgedessen haben die Aktien der in Frage kommenden Gesellschaften in den letzten Tagen eine bemerkenswerte Steigerung erfahren.

Aus der Frauenbewegung.

Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes. Am 4. Juli wurde vor der fünften Strafkammer des Landgerichts II gegen die Genossin Marie Thiel-Tempelhof als derzeitige Vorsitzende des Frauen-Wahlvereins für Teltow-Beestow verhandelt. Frau Thiel erhielt Mitte August 1903 einen Strafbefehl über 45 M. oder neun Tage Haft, weil sie am 23. April in Mariendorf durch drei selbständige Handlungen das Vereinsgesetz übertreten habe. Die drei geschwädigen Handlungen wurden darin erklart, daß die Angeklagte: a) als Unternehmerin eine Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten — die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins — beraten werden sollten, einberufen habe, b) in dieser von ihr geleiteten Versammlung als Rednerin aufgetreten sei, c) in dieser jedemmann zugänglichen Versammlung eine öffentliche Kollekte, die einer obrigkeitlichen Genehmigung bedürfte, veranstaltet habe, bevor Genehmigung dazu erteilt worden sei. Genossin Thiel beantragte richterliche Entscheidung, durch welche die Strafe auf 30 M. herabgesetzt wurde mit der Begründung, es könnten die im Strafmandat aufgeführten Vergehen zwar nicht bewiesen werden, aber da Frau Thiel sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige und schon wegen Uebertretung vorbehaftet sei (bei einer Flugblattverbreitung), so sei anzunehmen, daß sie sich der fraglichen Uebertretungen schuldig gemacht habe. Wegen dieses Urteils wurde Berufung eingelegt, und durch Geltungmachung der Verjährungsfrist durch den Verteidiger Dr. Herzfeld ein freisprechendes Urteil erzielt. Hiergegen wiederum legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein; am 8. Januar 1904 wurde das Urteil aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen, weil die Verjährung von April bis August infolge Ermittlung der Verstrafen der Beklagten nicht eingetreten sei. In der letzten Verhandlung erfolgte die gänzliche Freisprechung wegen Mangels an Beweisen. Die Kosten trägt die Staatskasse. — Bei der Vernehmung des als Besatzungszeugen fungierenden Genarmen entwickelte sich folgende Scene: Vors.: Wissen Sie etwas von der Versammlung, die in Mariendorf stattfand? — Genarm: Ja. — Vors.: Witten Sie mal. — Genarm: Ich betrat das Lokal und fand an 20 Personen anwesend, die uns Billard sahen, und das machte auf mich den Ein-

druck einer Versammlung. — Vors.: Haben Sie gesehen, daß ein Bureau gebildet war? — Gendarm: Nein. — Vors.: Haben Frau Thiel oder andre Personen Ansprachen gehalten? — Gendarm: Nein, das weiß ich nicht. — Vors.: War es ein geschlossener Raum oder konnte da jeder hinein? — Gendarm: Der Raum war für jedermann zugänglich. — Das Gericht erkannte demgemäß wie oben. Die persönlichen Ankosten der Angeklagten zu vergütigen, wurde abgelehnt.

Soziales.

Gegen die Behandlung der Richterhatter auf dem Moskauer Kerzertag hat nunmehr auch der Verein Berliner Journalisten folgende Resolution anmahnt:

„Der Verein Berliner Journalisten spricht seine Entrüstung aus über das Vorgehen eines Teiles der Kerzler auf dem Kerzertag in Moskau gegenüber den Vertretern der Presse und bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, daß die Berufsangehörigen in so energischer Weise die ihnen zugefügten Verleumdungen zurückgewiesen haben. Der Verein erklärt sich in jedem Fall solidarisch mit den Kollegen und betont vor allen Dingen, daß die Vorkommnisse um so bedauerlicher sind, als sie sich vor einem Forum akademisch gebildeter Personen abspielten, von denen man eine angemessene Rücksichtnahme auf die Berufspflichten anderer Kreise erwarten durfte.“

Kerzler Humor. In Erfurt fand kürzlich ein „Tag“ der Thüringer Kerzler statt, auf dem sie nach gethauer Arbeit durch ein solennes Festmahl auch ihre Siege gebührendermaßen feierten. Die Freunde der Tafel wüßten sie sich durch eine humoristische Speisefarte, deren in stillvollem Deut gehaltener Witz, wie die „Erfurter Tribüne“ erzählt, folgendermaßen lautete:

Was Alles von denen Thüringer Kerzler verzehret und verbrunten in der alten Stadt Erfurt am 19. Tag des Wonnemondes 1904.

Freie Arztwahlgruppe so beweiset, daß nichts so heiß gegessen werde als gekochet.

Einzelleistungsfisch — Pauschal-kartoffeln kommt nur denen zu so sich gar eifrig darum bemühen und danach streben.

Rassenspargel — Streikbeilage bei welchen man mag gedenken des Veres:

Sie sind bekannt im ganzen Reiche, Man nennt sie halt nur Schwabenstreiche.

Bertrauensbraten — Vertragsauce Kammerjast zeigt daß wir fest haaren sollen auf den Spruch des Dr. Wisnars: In trinitate robur.

Aufsichtsbekunden-Bombe Dazu ist zu fungen: Das war der Herr von Ehrenstein, Der sprach: „Daß Gott mir helf“.

Schuß- und Trug-Käse führt zu einem gar trefflichen Schluß.

Staatunterstützung für ein Arbeiterssekretariat in der Schweiz. Der Kantonsrat von Tessin hat beschlossen, dem von den dortigen Gewerkschaften errichteten Arbeiterssekretariat eine Jahressubvention von 1500 Fr. zu bewilligen und dem Arbeiterssekretär die Rechte eines kantonalen Gewerbe-Inspektors, der die Revision von Arbeitsstätten vornehmen darf und auch zu statistischen Erhebungen von der Regierung mit herangezogen werden soll, zuzuerkennen.

Beseitigung der Feiertagsruhe in Rußland. In Rußland ist kürzlich ein Gesetz veröffentlicht worden (Allerhöchst bestätigtes Reichrats-Gesetz vom 10. (23.) Mai 1904), das die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Feiertagsarbeit in bemerkenswerter Weise erläuert und abändert. Der erste Teil dieses Gesetzes lautet:

„Die freiwillige Arbeitsleistung an Sonn- und Feiertagen, an kirchlichen und weltlichen Festtagen, ist dem Ermessen jedes Einzelnen überlassen, und keine Autorität darf den Arbeitenden hierbei irgend ein Hindernis in den Weg legen.“

Angeblieh soll durch dies eigenartige Gesetz nur der „Kausalität“ namentlich der ländlichen Arbeiter entgegengetreten werden, ohne daß dadurch die Anordnungen bezüglich der Begrenzung der Arbeitszeit und der Beobachtung der Feiertagsruhe für industrielle Arbeiter aufgehoben werden sollen. Es solle nur den „überflüssigen“ Feiertagen ein Ende gemacht werden. Die „Soziale Praxis“ giebt indes der nur ja begründeten Befürchtung Raum, daß diese den launen Arbeitern zugeordnete Auffassung von selbstständigen Arbeitgebern zu willkürlicher Ausdehnung der Betriebszeit mißbraucht werden könnte, selbst wenn der Reichsrat ausdrücklich betont, daß eine Abschwächung der hohen Bedeutung der Feiertagsruhe ihm fernliege; die Feiertagsruhe solle bestehen bleiben, aber in Zukunft für niemanden ein Zwang sein: „Die Bevölkerung muß wissen, daß sie unaufschiebbare Arbeiten jederzeit auszuführen berechtigt ist.“

Zweifellos würde die lästige Praxis auf einen Arbeitszwang an Feiertagen hinauslaufen! Vielleicht will man den Arbeitgebern für die Verluste durch den ostasiatischen Krieg auf Kosten des Proletariats eine Entschädigung gewähren.

Daß die ländlichen Arbeiter in Rußland besonders faul seien, ist uns bisher unbekannt gewesen. Die Besitzverteilung bei der „Bauernbefreiung“ hat ja schon dafür gesorgt, daß die Masse der Bauern aus ihrem eignen Land nicht einmal die hohen Steuerlasten herauszuwickeln konnte, so daß sie schon durch die Hungerzeitliche zu Tagelöhnerdiensten gezwungen war. Jetzt will man diesen ausgebeuteten, am Hungertuch nagenden Schichten auch noch die Feiertagsruhe rauben!

Bürgerliche Sozialreformer in der Schweiz. Der Verband der evangelisch-sozialen Arbeitervereine der Schweiz hat sich folgendes sozialpolitische Programm aufgestellt: 1. Möglichste Ausdehnung des Arbeiterinnenrechtes, insbesondere auf Gewerbe, kaufmännische Betriebe, Läden und Wirtschaftspersonal usw.; 2. zehnjähriger Maximalarbeitslohn; 3. freier Sonnabendnachmittag; 4. weibliche Aufsichtsbekunden und weibliche Adjunkten der betreffenden kantonalen Aufsichtsbekunden; 5. Verbot der Heimarbeit. — Da die gleichen Forderungen auch die sozialdemokratische Arbeiterschaft verfolgt, so könnten beide Richtungen auf diesem Gebiete Hand in Hand gehen, wenn es den evangelisch-sozialen Herren mit ihrem Programm ernst ist.

Gewerkschaftliches.

Ein neuer Scharfmacher-Reinfall.

Die Hauptwaffen des Scharfmacherums im Kampfe gegen die aufstrebende Arbeiterchaft sind bekanntlich jene „Arbeitsnachweis“-genannten Einrichtungen, die ihnen dazu dienen, in Wirklichkeit mißliebige Arbeiter von der Arbeit auszuschließen. Durch ein Reichsgerichts-Urteil, das neuerdings ergangen ist, wurde den Scharfmachern die Handhabung jener Wahregelungsbureaus ja einigermaßen erschwert. Daß sie dieses Urteil als eine Niederlage im rechtlichen Kampfe ansehen, beweist ja das Befehlsgeschrei, das die Herren darüber in der ihnen nahestehenden Presse anstimmen.

Nach einer bürgerlichen Korrespondenz hat nun der Reichskanzler den Scharfmachern durch eine neuerliche Entscheidung ebenfalls einen schweren Schlag versetzt. Die Korrespondenz meldet:

„Durch den Reichskanzler abgelehnt worden ist das Statut eines Central-Arbeitsnachweises, welcher in Berlin von dem Centralverbande der Bäckereimengen „Germania“ auf Grund eines Generalversammlungs-Beschlusses vom November vorigen Jahres errichtet worden war. Die Bäckereimeister glaubten diesmal der Genehmigung ganz sicher zu sein, doch wurde für den ablehnenden Bescheid hauptsächlich geltend gemacht, daß die Zwecke dieser Einrichtung sich nicht in dem gesetzlichen Rahmen hielten, das Statut auch sonst den gesetzlichen Anforderungen nicht entspreche, sondern daß dieser Arbeitsnachweis lediglich den Zwecken der Streikabwehr dienen solle. Es heißt nun, daß die Innungsleiter eine Einrichtung zu schaffen gedenken, die bezwecken soll, ohne Genehmigung der Behörden den beabsichtigten Zweck doch zu erreichen. Besonders die Berliner Meister sehen in einem Central-Arbeitsnachweis eine wertvolle Waffe gegen Streik und Boykott, in der Provinz jedoch wird lebhafteste Klage darüber geführt, da diese Institution lediglich Berlin zu gute komme, während die Lasten größtenteils von der Provinz getragen werden müßten. Dieser Einspruch dürfte mit einem erheblichen Grund bei der Ablehnung gebildet haben.“

Ob die Herren die Genehmigung der Behörden haben oder nicht; die endlich aufgewachten Bäckereimeister werden ihnen auf jeden Fall einen Strich durch die Rechnung machen. Die Zeiten sind vorbei, wo sich die Bäckereimeister widerstandslos in ein Joch beugen ließen.

Berlin und Umgegend.

Die Streikfeyer-Zinnung berichtigt.

Dieselbe teilt der bürgerlichen Presse mit, daß sie den Ausständigen den Streik aufgegeben habe, sei nicht richtig. Vielleicht hat die Zinnung die Güte, das Schriftstück, das sich in Händen des Bürgermeisters Dr. Reide befindet, noch einmal durchzulesen. In demselben teilt die Berliner Streikfeyer-Zinnung dem Gesellenauschuß den einstimmig gefaßten Beschluß mit, daß „bei sämtlichen andern Innungsmeistern die Gesellen ausgesperrt werden“, falls die Streikfeyer bei sechs Firmen, wo sie zu Gunsten von nahezu 800 auf die Straße geworfenen Steinlegern und aus den sonstigen schon mehrfach betonten Gründen die Arbeit eingestellt hatten, dieselbe nicht bedingungslos aufnehmen. Weiter läßt die Zinnung in ihrer Berichtigung durchblicken, daß die Streikfeyer, entgegen dem abgezeichneten Tarifvertrage, höhere Forderungen gestellt hätten. Das ist absolut unwahr; die Streikfeyer haben keinerlei Forderungen gestellt und stellen auch jetzt noch keine! Die Aussperrung, die die Zinnung im weiteren dann zugiebt, sei deshalb erfolgt, weil die in Arbeit stehenden Gesellen und Kammer wöchentlich Beiträge von 7 bis 9 Mark an die Streikfeyer abgeführt hätten. Das sei, sagt die Zinnung, „kein Kampf ums Brot, sondern pure Widerstandigkeit und Unlust zur Arbeit.“ (1) Wenn es nun auch die Zinnung gar nichts angehe, daß die Streikfeyer und Kammer in welcher Höhe immer Beiträge an die Kassen ihrer Organisation zahlen, so muß doch festgestellt werden, daß in diesem Falle auch an dieser Behauptung in keiner Beziehung auch nur ein Wort wahr ist. Die Nichtstreichenden haben gar nicht nötig und sind auch nicht verpflichtet worden, außer ihren laufenden Wochenbeiträgen — in Höhe von 70 Pfennig, einschließlich Vorkassonds — auch nur einen Pfennig, geschweige denn markweise Extrabeiträge zu entrichten. Die Zinnung sagt dann, daß die Meister nur ihr gutes Recht verteidigen und deshalb siegen müssen.

Ueber das „gute Recht der Meister“ scheint man in Magistratskreisen ja nun endlich seine eignen und klaren Ansichten zu bekommen, denn nach einem gestern in bürgerlichen Blättern enthaltenen Bericht hat sich der Bürgermeister Dr. Reide mit für die Streikfeyermeister nicht mißüberlebender Deutlichkeit dahin ausgesprochen, daß, wenn sie nicht schleunigt mit den Arbeitern Frieden schließen, der Magistrat der Frage der Einführung der Regierarbeit sehr bald wird näherzutreten müssen. Wenn das geschieht, dann würde allerdings den Herren Streikfeyermeistern das „Recht“, das ihnen einzig zusteht.

Die Streikfeyer-Zinnung hat auch gestern abend jede Verhandlung mit dem Gesellenauschuß über die Beilegung des Streiks kurz angebunden abgelehnt. Es sollen allerdings Verhandlungen stattfinden, „man“ weiß aber noch nicht wann! So also lösen die Herren Innungsmeister ihr dem Bürgermeister Dr. Reide gegebenes Versprechen ein: Erst versprechen sie demselben, vor das Einigungsamt zu gehen; dann auf nochmalige Anfrage hat man es „nur so gemeint“, daß man mit dem Gesellenauschuß verhandeln will; und wenn dann der Gesellenauschuß kommt, wirft man denselben auf bößliche Art hinaus!

Wann und unter welchen Bedingungen die Streikfeyer wieder in Arbeit treten sollen, behält sich die Zinnung ebenfalls vor zu bestimmen; dieselbe beharrt thatsächlich auf der Unwahrheit, daß die Streikfeyer Vertragsbruch begangen haben. Darüber werden dann allerdings auch die Streikfeyer noch ein Wort mitzureden haben.

Ferien für Arbeiter. Die Firma Rudolf Roffe hat auf abermaliges Ansuchen ihrem technischen Personal Ferien bewilligt. Alle Arbeiter, die drei Jahre oder länger bei der Firma beschäftigt sind, erhalten acht Tage Ferien und eine Entschädigung in Höhe ihres Wochenlohnes, jedoch nicht über 80 M. Die Angestellten in bevorzugteren Stellungen erhalten ihren vollen Gehalt.

Die Geschäfte als Obmann der Charlottenburger Gewerkschaftskommission hat vom 1. Juli ab der Genosse Otto Müller, Sophie Charlottenstr. 86, I, übernommen. Sämtliche Mitteilungen und Sendungen sind nun an diesen zu richten.

Deutsches Reich.

Die Bewegung im Bremer Tischergewerbe nimmt von Tag zu Tag an Umfang zu. Bis jetzt haben 464 Mann die Werkstätten verlassen, von denen 187 abgereist sind. Daß die Arbeiter in den partiellen Ausstand eingetreten sind, hat die Unternehmer arg verdroffen, da letztere auf eine allgemeine Arbeitseinstellung hofften. Am nun eine allgemeine Arbeitseinstellung herbeizuführen, sind die Unternehmer auf eine originelle Praxis verfallen. In der sicheren Erwartung, daß organisierte Arbeiter keine Streikarbeit verrichten, schaffen sie an gefangene Arbeiter zur Bollenutzung in Werkstätten, über die der Ausstand noch nicht verhängt ist, um dann die Arbeiter wegen Verweigerung von Streikarbeit entlassen zu können. Den Unternehmern ist dies Manöver in zahlreichen Fällen geglückt und so wird es wohl nicht mehr lange dauern, bis die Scharfmacher den letzten Arbeiter auf diese Weise aufs Pfahler getworfen haben.

Die Baunternehmer Hamburgs haben der Lohnkommission der Maurer auf die eingereichte beschiedene Forderung nicht einmal eine Antwort erteilt, weshalb ein Kampf unvermeidlich erscheint. Zuvor aber wollen die Arbeiter nochmals eine gütliche Einigung versuchen, indem sie beschließen, daß, ehe der Streik proklamiert wird, die Lohnkommission nochmals, und zwar mit jedem Unternehmer einzeln zu unterhandeln habe. Der Kommission wurde zu gleicher Zeit das Recht eingeräumt, Vereinbarung dahin zu treffen, daß der Mindestlohn zunächst 88 Pf. pro Stunde betragt und erst vom 1. April 1906 ab der Stundenlohn auf 40 Pf. festgesetzt wird. Um alles auf den Kampf vorzubereiten, wurden die ledigen und sonstigen Maurer, die das ohne materiellen Schaden thun können, veranlaßt, schon jetzt abzureisen.

Eine geschlossene Gesellschaft. Der Verbandssekretär Schneider vom Porzellanarbeiter-Verband war nach Colmar in Posen gekommen, um zunächst interne Beratungen mit den Vorstandsmitgliedern der dortigen Zahlstelle des Verbandes zu pflegen und dann an einer öffentlichen Versammlung teilzunehmen. Schneider, der im fraglichen Gasthaus logierte, forderte nach der Versammlung die Vorstandsmitglieder auf, noch zu bleiben und mit ihm Verbandsangelegenheiten zu besprechen. Das geschah. Um 11 Uhr trat nun für das Lokal die Polizeistunde ein. Gegen 11 $\frac{1}{2}$ Uhr erschien ein Polizeiwachmeister auf der Bildfläche und forderte die Anwesenden auf, wegen Eintritts der Polizeistunde das Lokal zu verlassen. Die Aufforderung wurde nicht befolgt, worauf die Vorstandsmitglieder und der Wirt angeklagt wurden. Schneider kam als Logisgast für die Anklage wegen Uebertretung der Vorschriften über die Polizeistunde nicht in Betracht. — In zweiter Instanz wurden sämtliche Angeklagte freigesprochen, weil die Zusammenkunft des Verbandes mit dem Vorstandsmitgliedern zwecks Besprechung von Verbandsangelegenheiten sich als geschlossene Gesellschaft darstellte und für geschlossene Gesellschaft die Polizeistunde nicht in Betracht komme. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, das Kammergericht verwarf aber das Rechtsmittel mit der Begründung, daß die Vorentscheidung zutreffend sei.

Ausland.

Der Streik im Baugewerbe Stockholms, der zunächst nur die Baustiftler und Zimmerer einiger Firmen umfaßte, hat sich nun auch auf die Ziegelträger ausgedehnt, die ihren Stundenlohn von 45 auf 50 Oere erhöhen wollen. Außerdem ist ein Teil der Maurer in Mitleidenschaft gezogen. Doch der Streik nur ein partieller ist, beruht nicht etwa auf Uneinigkeit unter den Arbeitern, sondern auf taktischen Erwägungen; die Unternehmer sollen gezwungen werden, die abgebrochenen oder untrüglich in die Länge gezogenen Verhandlungen über die neuen Tarife wieder aufzunehmen und zu Ende zu führen. Eine schlimme Rolle hat bei dieser Lohnbewegung wieder einmal der „Schwedische Arbeiterverband“ (Svensk arbetarsförbund) gespielt. Mit dieser Spreng- und Streikbrecherorganisation hat die Baumeistervereinigung besondere Tarife abgeschlossen, die durchweg geringere Accordsätze enthalten, als die bei den Verhandlungen mit den Sachvereinen bereits vereinbarten. Um den Schein des Einigensommens zu wahren, hat man allerdings bei ganz vereinzelte vorkommenden Baustiftler-Arbeitern, wie bei der Position Hausthore eine kleine Erhöhung eintreten lassen. Der Versuch der Baumeister-Vereinigung, die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen mit den Vertretern der Sachvereine auf diese Weise einfach für nichtig zu erklären, hat dazu geführt, daß am Mittwoch mehrere Baumeister, darunter auch eine Firma, die der gestreift wurde, die Tarifverträge der Sachvereine mit den bei den Verhandlungen getroffenen Abänderungen schriftlich anerkannten. — In den letzten Tagen haben übrigens auch die Verhandlungen der Unternehmer mit dem „Schwedischen Arbeiterverband“ zu einem Konflikt geführt. Es läßt sich jedoch nicht feststellen, in wie weit es sich hier um ein Scheinmanöver handelt, das dieser Streikbrecherorganisation das Ansehen einer christlichen Arbeiterorganisation geben soll.

Ein Streik der Maurer ist seit einigen Tagen in Glasgow (Schottland) im Gange. Die Unternehmer versuchten den Lohn von 80 Pf. auf 75 Pf. herabzusetzen. Darauf erklärten die Arbeiter den Streik. 60 Meister, die den Unternehmerverband nicht angehören und die etwa 1500 Arbeiter beschäftigen, haben erklärt, zu dem alten Lohnsätze weiter arbeiten zu lassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dresden, 8. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Buchbinder-Verbandstag beschloß den Sitz des Verbandes von Stuttgart nach Berlin zu verlegen mit 36 gegen 24 Stimmen und drei Stimmenthaltungen.

Opfer des Herero-Krieges.

Berlin, 8. Juli. (B. T. V.) Nachrichten aus Südwestafrika zufolge starben an Typhus:

1. Gesteiter Gustav Barz, Rogensky-Transport, 3. Juli Ojofondu;
2. Marine-Ober-Assistenzarzt Tiburtius, 5. Juli Ojofondu;
3. Reiter Otto Tichy aus Keppen, Kreis Westfalenberg, 6. Juli Olanjandja;
4. Lieutenant von Wurmb, 7. Juli, 4 Uhr nachmittags, ohne Kampf, Olanjandja.

Drohende Aussperrung im Baugewerbe.

Frankfurt a. M., 8. Juli. (B. T. V.) Der Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Baugewerbe spitzt sich immer mehr zu. In Arbeiterversammlungen in Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Mainz und Wiesbaden sind Beschlüsse gefaßt worden, welche belegen, daß man die Bedingungen des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für durchaus ungenügend hält und der für den 18. Juli angedrohten Aussperrung mit Ruhe entgegensteht.

Magdeburg, 8. Juli. (B. T. V.) Wegen Verleumdung durch die Presse wurde heute der Redakteur Rietsch von der sozialdemokratischen „Volkstimme“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Verleumdung wurde in einem Artikel erbracht, welcher für eine Katastrophe auf dem Anhaltischen Salzwerk, der mehrere Vergleute zum Opfer fielen, die Leitung des Bergwerkes verantwortlich gemacht hatte. Der Angeklagte konnte hierfür einen Wahrheitsbeweis nicht erbringen.

Braunschweig, 8. Juli. (B. T. V.) Vor der Strafkammer begann heute morgen ein Aufsehen erregender Prozeß. Als Angeklagte erschien die Frau des Majors v. Sydow, welche beschuldigt ist, ihr 12jähriges Mädchen grausam gequält und eingesperrt gehalten zu haben. Die Angeklagte bestreitet jede Schuld und behauptet, daß es sich um Dienstmädchenhandlung handle. Da über 30 Zeugen zu vernehmen sind, werden die Verhandlungen heute noch nicht zu Ende geführt werden.

Niederrheinisch, 8. Juli. (B. T. V.) Bei der hiesigen Spar- und Darlehenskasse wurden von der mit der Kontrolle betrauten Oberrechnungskammer in Darmstadt grobe Unregelmäßigkeiten entdeckt. Für das Defizit wird neben dem Vorstand der Aufsichtsrat haftbar gemacht werden.

Lemberg, 8. Juli. (B. T. V.) Zur Verhütung von Ruhestörungen im Vorkaroliner Streikgebiet wurde eine Abteilung Militär entsendet.

Rom, 8. Juli. (B. T. V.) Wie die Blätter melden, wäre der fremde Agent, der mit dem Hauptmann Crocetti in Verbindung getreten sei, der Franzose Gustave Vallere, der am 3. d. M. in Messina angekommen und am 6. d. M. nach Palermo abgereist sei. Die Polizei schadet eifrig nach Vallere.

London, 8. Juli. (B. T. V.) Nach einem hier von den Schottland-Inseln eingetroffenen Telegramm über die Strandung des Dampfers „Korje“ hat ein weiteres Rettungsschiff des Dampfers die Schottlands-Inseln erreicht. Ein Geretteter sagt aus, sie seien acht Tage auf hoher See gewesen und die Insassen des Bootes seien sehr erschöpft gewesen, als sie wieder Land betraten.

Tanger, 8. Juli. (B. T. V.) Gestern abend wurde von zwei Frachtern ein Einbruchdiebstahl in der deutschen Gesandtschaft verübt. Die davon benachrichtigte Behörde hat der Gesandtschaft eine militärische Wache gegeben.

Kansas City, 8. Juli. (B. T. V.) Infolge der Ueberschwemmung ersuchte der Mayor des Kriegsdepartements um Rundvorrat für die große Anzahl der von dem Unglück Heimgeführten, denen die Kirchen und öffentlichen Gebäude Aufnahme gewährt. Der Eisenbahnverkehr nach dem Westen und Süden ist unterbrochen.

Partei-Nachrichten.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichten wir die Adressen der zur Zeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen, jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals. Wir ersuchen die Interessenten, uns in der Verbollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung uns rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

- Arbeitersekretariate bestehen in:
Altenburg (S.-A.), Wallstr. 9, I.
Altona, Große Bergstr. 204 I.
Berlin SO., Engel-Platz 15.
Böckum, Maarbrückerstr. 17, I.
Bremen, Osterhorstr. 26 I.
Breslau, Messergasse 18/19 I.
Bromberg, Jakobstr. 17.
Cassel, Mühlengasse 80 I.
Darmstadt, Elisabethstr. 31.
Dortmund, 1. Kampstr. 73 I.
Essen, Kirchstr. 18.
Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
Gera, Hospitalstr. 21 I.
Gelsenkirchen, Vereinsstr. 29.
Gotha, Eichlerstraße (altes Gerichtsgebäude).
Halle a. S., Weißstr. 21.
Hamburg, Gänsmarkt 35 II.
Hannau, Mühlentstr. 2.
Hannover, Artilleriestr. 13.
Hildesheim, Erbe, Erste Bergstr. 72.
Hirschfeld, Verchenstr. 15.
Jena, Saalbahnhofstr. 3.
Kattowitz, Rathausstr. 6.
Kiel, Gasstr. 24 parterre.
Köln a. Rh., Perlengraben 20 I.
Kronach, Kirchenplatz 74.
Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
Leipzig, Gärtelstr. 12, part.
Lübeck, Johannisstr. 46, part.
Mannheim, S. 3, 10.
Meißen, Poststr. 4.
Mühlheim (Hessen), Offenbacherstr. 7.
München, Saaderstr. 1 I.
Neu-Ruppin, Poststr. 1.
Nürnberg, Egidienplatz 22.
Pforzheim, Waisenhausplatz 3.
Posen, Breitenstr. 21.
Reimscheid, Kölnnerstr. 18.
Striegau, Hagenstraße.
Stuttgart, Fehlfingerstr. 17/19.
Waldburg-Altwasser.
Wolgast, Maarbrückerstr. 17, I.
Würzburg, Bräunerstr. 6, I.
Berlin, den 8. Juli 1904. Der Parteivorstand. Kreuzbergstr. 30.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Einem „falschen Redakteur“ sollten in der Person des Schlossers Piontel der polnisch-socialistische „Gazeta Robotnicza“ Stefan Thiel und der Metteur Morawski angestellt haben. Dafür wurden seiner Zeit Thiel wie Piontel selbst zu Gefängnisstrafen verurteilt, Morawski aber vom Gericht der Strafkammer in Weußen freigesprochen, weil er auf die Bestellung des Redakteurs keinen Einfluß hatte und in seiner Stellung als Seger und Metteur auch weder dessen Qualität prüfen noch seine Tätigkeit kontrollieren konnte.

Vom Reichsgericht wurde das freisprechende Urteil auf staatsanwaltschaftliche Revision aufgehoben, mit der Begründung, daß die Freisprechung nicht durch die Feststellung getragen werde, daß M. auf die Anstellung des Redakteurs keinen Einfluß hatte und den ihm erteilten Weisungen folgen mußte. Als Täter sei jeder zu betrachten, der in Kenntnis von dem Sachverhalte an der Verwirklichung des strafbaren Tatbestandes mitwirkte. Wenn Morawski mußte, daß Piontel nicht wirklich Redakteur war, trotzdem aber durch Morawski's Tätigkeit Piontel auf dem Blatte als Redakteur genannt wurde, so sei Morawski nach § 18 Ziffer 2 des Preßgesetzes zu bestrafen.

Das Landgericht Weußen verhandelte auf Grund dieser Entscheidung nun von neuem gegen Morawski und verurteilte ihn auf Grund der erneuten Beweisaufnahme, nach der Morawski gewußt haben konnte, Piontel sei nicht der wirkliche Redakteur, zu drei Wochen Gefängnis, während der Staatsanwalt drei Monate beantragt hatte!

Die ungeheuerlichen Konsequenzen jener Reichsgerichts-Entscheidung machten sich übrigens auch für den Verhandlungsleiter, Landgerichtsrat Passauer, recht unangenehm bemerkbar. Er ließ nämlich einen Zeugen, der mit dem Angeklagten Morawski zusammen bei der Herstellung der „Gazeta Robotnicza“ beschäftigt war, nach Ableistung des Zeugeneides vernehmen und ersuhr nun, daß der Zeuge getuscht habe, Piontel sei nicht der eigentliche Redakteur gewesen. Der Vorsitzende ließ nun am Schlusse der Beweisaufnahme diesen Zeugen noch einmal vortreten und eröffnete ihm, daß er ihn nicht vereidigt haben würde, wenn er vorher gewußt hätte, was er aussagen würde, denn der Zeuge habe sich gleich Morawski der Mithäterschaft schuldig gemacht und würde bestraft werden müssen, wenn nicht Verjährung eingetreten wäre. Aber der Eid des Zeugen sei ungültig und habe er seine Aussage als eine unmeidliche anzusehen, als welche sie auch vom Gericht angesehen werde.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Arbeiter! Parteigenossen! Gewerkschaften! Vereine! Zu dem Ausflug nach außerhalb am Sonntag richten wir das Ersuchen an Euch, nur in denjenigen Lokalen zu verkehren, welche in der am letzten Sonntag erschienenen Lokalliste als frei aufgeführt sind.

Ferner ersuchen wir, auf die vielen an uns gerichteten Anfragen, die Grunetwaid-Lokale betreffend, von nachfolgendem Kenntnis zu nehmen:

Gesperet sind jetzt: Alte Fischerhütte. Joh. Marquardt. Wirtshaus „Krumme Lanke“. Joh. Paternmann. Hellenbrands Waldschlößchen und Eimers Höhe, sämtliche andern Lokale im Grunetwaid und Beelitzhof sind als frei zu betrachten.

Berlin. Der Sparverein Hoffnung, Vereinslokal Al. Markusstraße 10, Restaurateur Höpner, veranstaltet am Sonntag, den 24. Juli, eine Lampenparade nach Grünhaide. Wir machen darauf aufmerksam, daß laut Lokalliste daselbst den Arbeitern kein Lokal zu Versammlungen etc. zur Verfügung steht und ersuchen deshalb die angebotenen Wickets streng zurückzuweisen.

Grünau. Der Hiesige Rauchsclub „Gut Rauch“, dessen Mitglieder sich aus Arbeiterkreisen zusammensetzen, veranstaltet am Sonnabend, 16. Juli, Jägerhaus, Ans. Kielevetter, ein Sommerfest. Da dieses Lokal als Gesperet zu betrachten ist, aus dem Kielevetter trotz vieler Vermählungen der Lokalkommission nicht zu bewegen ist, kein Lokal zu

Versammlungen herzugeben, so sind die zu obigem Vergnügen etwa angebotenen Wickets zurückzuweisen und ist das Lokal nebst Stehbierhalle streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Die Genossen des fünften Bezirks werden ersucht, sich an dem am Sonntag den 10. Juli stattfindenden Ausfluge zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt früh 7 Uhr an der Schloßbrücke. Abmarsch 7 1/2 Uhr.

Adenau. Sonntag den 10. Juli findet eine Flugblatt-Verbreitung statt. Treffpunkt früh 7 Uhr bei der Köchlin, Müggelseeheimstr. 2, Gähne, Grünstr. 36, Gelling, Schöneleberstr. 5, Reinicke, Bahnhofstr. Dort werden die Flugblätter von den Bezirksfahrern ausgegeben.

Wieder-Schöneide. Der Wahlverein hält am Sonnabend bei Franz seine ordnungsmäßige Generalversammlung ab.

Lokales.

Will die Regierung ein „Groß-Berlin“?

Nachdem Berlin in der ersten Hälfte der neunziger Jahre kurzzeitig die Gelegenheit verpaßt hatte, durch Eingemeindung der Vororte ein „Groß-Berlin“ zu schaffen, hatte die Staatsregierung, andern Sinnes geworden, sich allen späteren Versuchen, das Eingemeindungsprojekt wieder aufzunehmen, hartnäckig widersetzt. Schöneberg und Nizdorf, die beiden Riesendörfer vor den Thoren Berlins, machten nicht länger warten und setzten es durch, daß ihnen Stadträte verliehen wurden. Andre Vororte wünschten, ihrem Beispiel zu folgen. Gegenüber diesen Bestrebungen äußerte die Regierung die Absicht, die Vororte zu größeren und leistungsfähigen Gemeinden zusammenzufassen und Berlin mit einem Kreis von Städten zu umgeben.

Nachher tauchte in kommunalen Kreisen Berlins der Plan auf, sich vorläufig mit einer „Eingemeindung“ nach Londoner Art zu begnügen, d. h. ein „Groß-Berlin“ nur für einzelne Zweige der Kommunalverwaltung zu schaffen. Im Frühjahr 1904 hat die Stadtverordneten-Versammlung diesen Gedanken, aus dem der bekannte Antrag Preuß hervorgegangen war, als unausführbar zurückgewiesen, und selbst in seiner mildesten Fassung abgelehnt. Auch der Magistrat dürfte hierfür, nach den vom Oberbürgermeister abgegebenen Erklärungen zu urteilen, nicht viel Sympathien gehabt haben.

Wieder einmal sät das Projekt „Groß-Berlin“ abgethan und begraben zu sein, da plagt jetzt in die sommerliche Stille der Kommunalserien eine Nachricht hinein, die die freisinnigen Glieder der sogenannten Selbstverwaltung Berlins nicht wenig überrascht. Die Regierung denkt jetzt selber an die Schaffung eines „Groß-Berlin“ nach Londoner Art. Die offiziellen „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben:

Zu den schwierigsten Problemen auf dem Gebiete der inneren Verwaltung gehört die kommunale Organisation von Groß-Berlin. Es gilt dabei nicht nur die in rascher großstädtischer Entwicklung begriffenen Vorortgemeinden der Reichshauptstadt für sich in die für die Lösung ihrer Aufgaben geeignete kommunale Ordnung zu bringen, sondern auch für die Verwirklichung der ihnen untereinander und mit der Stadtgemeinde Berlin gemeinsamen Angelegenheiten eine sachgemäße Form zu finden. In London hat beinahe die Gesegebung sich bereits mit der Lösung ähnlicher kommunaler Probleme befaßt, und die dort eingeführten kommunalen Organisationen sind bereits so lange in Tätigkeit, daß über die Zweckmäßigkeit ihrer Einrichtung praktische Erfahrungen vorliegen. Der Minister des Innern beabsichtigt, sich noch vor dem Antritt seines Sommerurlaubs nach London zu begeben, um die dortigen kommunalen Organisationen an Ort und Stelle zu studieren und sich durch eigene Anschauung über die Zweckmäßigkeit der dort getroffenen Einrichtungen zu unterrichten.

Wenn aus dieser ministeriellen Studienreise wirklich ein Entschluß „Groß-Berlin“ als Kunst hervorgehen sollte, so dürfte die kommunale Organisation Berlins und seiner Vororte, die die Regierung uns zu beschaffen bereit ist, der Kommune Berlin schwerlich zum Segen gereichen. Als im April von den Stadtverordneten über den Antrag Preuß verhandelt wurde, sagte Oberbürgermeister Kirchner, man müsse „den richtigen Zeitpunkt abwarten“. Der Magistrat und die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung haben von jeher ein großes Geschick gehabt, den richtigen Zeitpunkt so lange abzuwarten, bis sie ihn verpaßtten. Auch in der Frage der Schaffung eines wenigstens partiellen „Groß-Berlin“ wollten sie so lange warten, bis wieder einmal für die Regierung der „richtige Zeitpunkt“ kommen mußte. Er ist dem Anschein nach schon da.

Die Hissaktion des Hissvereins.

Wer in der bürgerlichen Welt etwas Gutes hinterlassen will, weil er von dessen Einführung eine Schmälerung seines Profits befürchtet, hat ein unsehbares Mittel an der Hand, um seine bössliche Absicht durchzuführen. Er denunziert die Neuerung einfach als socialdemokratisch und kann dann des Erfolges ziemlich sicher sein. Eine solche Denunziation wirkt im großen, wenn es gegen notwendige Reformen auf dem Gebiete der Gesegebung Stimmung zu machen gilt; sie wirkt aber, wie ein Vorfall im kaufmännischen Hissverein zeigt, auch im kleinen. Dieser an die 18 000 Mitglieder zählende Verein verfolgt nach seinem Statut den Zweck, Handlungsgehilfen auf Ansuchen nach Maßgabe der Vereinsmittel einmalige oder zeitweilige Unterstützungen in Form von Darlehen und Schenkungen zu gewähren. Diese Darlehen oder Schenkungen brauchen nun ja durchaus nicht die Form eines kleinen Almosen von etlichen Markern zu tragen; sie können vielmehr auch ins Gigantische streben oder zum mindesten sich so gestalten, daß die fatale Menschenklasse, die ihre Nase in alles steckt, sich vor den Kopf stoßen sieht.

Der kaufmännische Hissverein hat ein selbstvertreibendes Vorstandsmittel namens Hildebrand. In seinem bürgerlichen Specialversteck ist der Herr Reisender für ein Biergeschäft. Das ist ein gar saures Brot. Man muß sich redlich die Schuhe schälen ablaufen, bis man soviel Abkässe gemacht hat, daß der Unternehmer sich halbwegs betrieblig erklärt. Und groß kann wahrlich der Profit nicht sein, den der Prinzipal beim Bierhandel einheimst, denn er bezahlt den Stadtreisenden Hildebrand mit dem geringen Fixum von 75 M. für den Monat, wozu noch lumpige zwei Prozent Provision kommen. Das sociale Elend des Kaufmannsstandes hat sich also gewissermaßen in der Person des zweiten Vorstandsmitgliedes vom kaufmännischen Hissverein konzentriert; dem Rationalökonomien bietet sich hier eine Art Schiffsal. Es ist nicht mehr als recht und billig, wenn kaufmännischen Hissvereinen, daß er diesem Wam, der in so gedrückter Lage noch die Courage hat, sich für 18 000 Kollegen aufzuopfern, in besonders elatanter Form auf die Strampfe zu helfen sucht. Ein Mittel zu solcher Hissaktion ist im Theaterbilletthandel gefunden. Der Verein pflegte schon seit längerer Zeit von verschiedenen Theaterdirektoren einen größeren Posten Wickets für bestimmte Tage zu übernehmen und sie zu einem niedrigeren als dem üblichen Kassenpreis seinen Mitgliedern anzubieten. Naturgemäß finden diese billigen Wickets bei der großen Zahl der Vereinsmitglieder einen schlanen Absatz, und die Theaterdirektoren waren gern bereit, solche

Abkässe zu machen, um so mehr als an stillen Tagen und zu stiller Jahreszeit auf ausverkauften Häusern in den Theatern doch nicht gerechnet werden kann. Bei diesem Geschäft legt der kaufmännische Hissverein jährlich etwa 180 000 Mark um. Nun ist es so eingerichtet worden, daß der Verein aus dem Wicketverkauf einen jährlichen Gewinn von etwa 18 000 Mark zieht. Herr Hildebrand aber, dem der Posten des Managers anvertraut ist, jedoch eine Summe einheimst, die sich nach ungefähre Schätzung auf 15 000 Mark im Jahre beziffern soll. Eine Hille, nicht wahr, die selbst vom Standpunkt derer aus, die nie genug kriegen können, als anständig bezeichnet werden muß, die auf einer Höhe angelegt ist, wo der Charakter eines Palliativmittels, der sonst den milden Gaben anhaftet, sich allmählich ins Blaue zu verlieren droht! Der vom Prinzipal mit 75 M. Monatsgehalt abgepeiste Herr Hildebrand soll dem auch bereits in den glücklichsten Besitzt der zweiten Villa gekommen sein, und — wer weiß, was er alles erreicht und erntet, denn noch nicht aller Tage Ende ist!

Aber wer da glaubt, daß die Schattenseiten des Erdenlebens Herrn Hildebrand jetzt erspart bleiben, ist im Irrtum. Körgler, die sich wie überall, so auch im kaufmännischen Hissverein finden, haben Anstoß daran genommen, daß der Theaterbilletthandel außer dem Verein auch seinem zweiten Vorsitzenden redlichen Gewinn bringt, und ihre Körgelsucht wuchs als sie erfuhren, daß Herr Hildebrand auf eigne Faust von den Direktoren der Theater Serien von ganzen Vorstellungen pagtet, von denen er nach der Behauptung der erwähnten Körgler die Inkrativen selbst in Entreprise nimmt, die mit Risiko verbundenen aber großen Sinnes dem Verein überläßt.

Aber das Gute weiß sich Bahn zu brechen und wenn die Welt voll Teufel war. Als Herr Hildebrand merkte, daß der Teufel los war, erließ er mit seinen Freunden ein Flugblatt. Stolz hatte er sein Amt im Verein niedergelegt als er gewahrt wurde, daß der Sturm gegen ihn losgehen sollte, und in stolzen Worten stand darauf in dem von Herrn Hildebrand und seinen Freunden herausgegebenen Flugblatt angedeutet, daß es die Socialdemokratie sei, die dem zweiten Vorsitzenden des Vereins nicht das Weite in Auge gönne. Dies Flugblatt hatte denn auch die gewünschte Wirkung, trotzdem die Verschönererotte zu ihrer Rechtfertigung auch eins in die Welt gesetzt hatte. In einer Vereinsversammlung, die von 350 Mitgliedern besucht war, belam die Mehrheit es glücklich mit der Angst, als ihr das rote Gespenst vorgeführt wurde. Die Freunde des Herrn Hildebrand etablierten den Kampf für Ordnung, Religion und Sitte und animierten die Versammlung zu einem Vertrauensvotum für ihren Liebling. Gerührt dankte dieser und nahm voller Opfermut das ihm dargebotene Amt, sowie die Anwartschaft auf die Theater-einnahmen wieder an. Friede herrscht über den Gewässern, die glücklich beruhigt wurden mit dem Hinweis darauf, daß die Socialdemokratie selbst das Heiligste, was der Deutsche kennt, in ihrer Frechheit nicht unangefastet läßt. Uns soll nur verlangen, wie lange die zu Gunsten des hilfsbedürftigen Herrn Hildebrand gebrauchte Beschönigungsformel wirksam ist.

Stadtkämmerer und Stadtrat a. D. Gerhard Struve ist hier gestern nach langen schweren Leiden gestorben. Er war Oberamtmann und wurde am 15. Januar 1891, nachdem er im Jahre vorher mit großer Mehrheit gewählt worden war, in sein Amt eingeführt, das vorher Stadtrat Spielberg besetzt hatte. Struve war hauptsächlich in der städtischen Verwaltung der Kanalisation und Nieselfelder thätig. Wegen eines schweren Halsleidens mußte er im Januar 1903 sein Amt niederlegen. Wegen seiner Verdienste wählten ihn bald darauf die Gemeindebehörden zum Stadtkämmerer. Der Magistrat hat die Stadträte Dietl. Geh. Ober-Reg.-Rat v. Friedberg, Gehrde und Mugdan zu seinem am Sonntagnachmittag stattfindenden Begräbnis abgeordnet.

Seht die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen nach! Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung: Die Liste der stimmfähigen Bürger Berlins ist in Gemäßheit der §§ 19 und 20 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1893 und § 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1900, betreffend die Bildung der Wählerabteilungen bei der Gemeindevahl, sowie der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers des Innern vom 14. September 1900 aufgestellt und wird in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli d. J., an den Wochentagen von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 11 bis nachmittags 1 Uhr in unserm Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Treppen, Zimmer 57, zur Einsicht öffentlich ausliegen.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben; später eingehende Einsprüche werden nicht berücksichtigt.

Die Gesamtsumme aller für die Abteilungsabteilung zusammengetragenen Steuern beträgt 59 727 886,48 M.

Laut der hiernach bewirkten Feststellung der drei Abteilungen gehören zur I. Abteilung diejenigen Wähler, welche mindestens einen Steuerbeitrag von 4117 M. zahlen; die II. Abteilung beginnt mit dem Steuerbetrage von 4116,99 M. und schließt mit einem solchen von 181,19 M., während die III. Abteilung mit dem Steuerbetrage von 181,12 M. anfängt.

Wir machen hiermit noch besonders darauf aufmerksam, daß bei Verichtigung der Wählerliste bezüglich des Wohnortes der stimmberechtigten Personen in Berlin die von diesen zu erstellenden polizeilichen An- und Abmeldungen maßgebend sind.

Demnach mußten auch solche, an sich wahlberechtigende Personen in der Wählerliste gestrichen werden, welche polizeilich abgemeldet sind, ohne jedoch ihren Wohnsitz hier selbst aufgegeben zu haben, z. B. also alle, die sich in einem Bade oder zum Sommeraufenthalte auswärts befinden, mithin nur vorübergehend von Berlin abwesend sind, es aber unterlassen haben, solches auf der erstatteten polizeilichen Abmeldung zu vermerken.

Prof. Dr. Paul Jacob schreibt uns zu unserm gestrigen Mitteilungen: „Die genaue Durchsicht des Aktenmaterials über den gestern von Ihnen erwähnten Fall ergibt, daß bei der Patientin (deren Zustandsverschlechterung in der jüngsten Sitzung des Vereins für innere Medizin auf die Augeninfusion zurückgeführt wurde. Red.) bereits 2 1/2 Monate vor der Ausführung der ersten Augeninfusion mit Tuberkulin eine hochgradige Verschlimmerung ihrer Lungenschwindsucht eingetreten war, und daß die beiden Tuberkulininfusionen wenige Tage vor ihrem Tode als letzter Heilveruch im letzten Stadium ihrer Krankheit vorgenommen wurden. Der klinische Krankheitsverlauf und das Sektionsprotokoll zeigen aufs deutlichste, daß die beiden Augeninfusionen bei dieser Patientin unmöglich die als möglich bezeichnete Verschlimmerung der Krankheit oder gar deren tödlichen Ausgang bedingt haben können. Hiermit fällt der Vorwurf, daß das Verfahren der Augeninfusionen mit dem Tuberkulin, welches sich in neuerer Zeit vielfach wieder als ausgeglichenes Heilmittel bewährt hat, leicht zur Entwicklung einer galoppierenden Schwindsucht führen kann; die hierüber angestellten theoretischen Erörterungen beruhen auf Hypothesen, welche durch Thatsachen nicht erwiesen sind. Der Einwand, daß ich über den oben erwähnten Fall in der Sitzung vom 13. Juni nichts berichtet habe, fällt dadurch völlig in sich zusammen, daß mir am Schlusse dieser Sitzung nur wenige Minuten zur Schilderung der von mir behandelten Krankheitsfälle zur Verfügung standen, und ich demnach auf den betreffenden Fall — bei welchem, wie aus den obigen Darlegungen hervorgeht, von einer Behandlung überhaupt keine Rede war — gar nicht eingehen konnte. In meiner in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ (Nr. 28) erschienenen Publikation habe ich diesen Fall bereits erwähnt und daselbst ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ich alle Details der Krankengeschichten in meiner demnächst erscheinenden ausführlicheren

Monographie beschreiben werde. Der Umstand, daß die von mir am Schluß der Sitzung des Vereins für innere Medizin vom 4. Juli vortragene Krankengeschichte im Widerspruch zu den von dem Assistenten am Pathologischen Institut Herrn Bestenhöfer vorgelesenen Notizen steht, erklärt sich, wie aus dem Altenmaterial sich ergibt, einfach daraus, daß Herr Bestenhöfer seine Notizen dem Bureaujournal entnommen hatte; dies ist aber, wie alle Kenner der Charité-Verhältnisse wissen, nur ein unvollkommener Auszug aus der ausführlichen offiziellen Krankengeschichte und giebt den klinischen Krankheitsverlauf in seinen Details sowie die vorgenommenen therapeutischen Eingriffe nicht deutlich wieder. Hätte Herr Bestenhöfer das klinische Krankheitsjournal als Grundlage für seine Ausführungen benützt, so hätte er unmöglich die in der Sitzung vom 4. Juli vorgebrachten irrthümlichen Einwände erheben können.

Wir müssen es unseren Lesern überlassen, sich in diesem Fall ihr Urteil zu bilden.

„Wider die Pfaffenherrschafft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Von Emil Rosenow. Das 13. Heft enthält die Fortsetzung des Kapitels: „Die Heterotik der Pfaffenerei“. Interessant sind namentlich die Ausführungen des Verfassers über christliche Volksfeste und das christliche Theater. Beim Narren- und Felsfest wurde ein Narrenbischof gewählt, der eine posthume Korallenmesse abhielt, während der das Volk in den tollsten Maskenanzügen umhertanzte, Totenlieder sang und Menschenkot oder altes Leder in die Rauchfässer warf. Beim Felsfest wurden einem Elst geistliche Kleider angezogen und so wurde er in Begleitung des Alerus feierlich in die Kirche geführt.

Das Heft bringt auch einen interessanten Holzschnitt aus dem Jahre 1581, der eine Teilansicht vom alten Köln darstellt. Prächtig wirkt auch die Darstellung des „Wunder von Zell“.

Jedes Heft kostet 20 Pfennig und ist jedem Genossen zu abonnieren empfohlen. Jede Parteibuchhandlung und jeder Kolporteur, in Berlin die Parteipeditoren und jeder Zeitungspeditoren, liefert die Hefte noch von Nummer 1 an. Der Verlag bittet die Parteigenossen um rege Unterstützung bei der Verbreitung des Werkes.

Die großen Heilstätten der Landes-Versicherungsanstalt zu Berlin sind andauernd vollständig belegt und Hunderte von Versicherten müssen einreisen auf die Aufnahme warten. Der Vorstand der Landes-Versicherungsanstalt beabsichtigt daher zunächst die Lungenheilstätte um 400 Betten zu vergrößern. Die Vorarbeiten für Erweiterungsbau sind schon im Gange. Es werden nach Vollendung des Erweiterungsbaues über 1000 Betten zur Verfügung stehen. Dem starken Verkehr in den Heilstätten hat die Postverwaltung endlich dadurch Rechnung getragen, daß in den Heilstätten selbst eine besondere Post-Agentur errichtet worden ist. Die Vollbelegung der Heilstätten und die Ausstufung der vorzüglichen Betriebsanlagen bringt eine Verbilligung des Kostenfußes mit sich. Gegenwärtig stellen sich die Kosten für die reine Verpflegung in dem Veeltiger Sanatorium auf nur 1,11 M. pro Kopf und Tag, in der Veeltiger Lungenheilstätte auf 1,34 M.

Die Versuchsfelder auf dem städtischen Kieselgute Blankenburg, die auf Veranlassung des Generaldirektors Professor Bachaus dort angelegt worden sind, berechtigen trotz der für den dortigen sehr leichten Boden nicht günstigen Trockenheit zu den besten Hoffnungen. Auch die in nächster Nähe angelegten Freilandkulturen, die schon früher auf Veranlassung des Gartenbauvereins Berlin dort hergerichtet worden sind, gewähren für Laien und Sachverständige einen hochinteressanten Einblick in die Vorkulturen auf die Ausnutzung des Grund und Bodens. Besonders für Landwirte und Gärtner, die bei intensiver Bewirtschaftung mit Schwierigkeiten in Bezug auf Bodenbeschaffenheit zu kämpfen haben, sind diese Versuche von großem Wert; sie sind auch geeignet, die Pächter von Kieselgütern anzuspornen, von diesen Ergebnissen der Versuche zu lernen und sie praktisch anzuwenden.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin macht uns in der folgenden Zuschrift auf einen an sich ja nebensächlichen Irrtum aufmerksam: „Der „Vorwärts“ bringt in seiner Nummer vom 7. Juli an der Spitze des lokalen Teils ein Schreiben zum Abdruck, welches der Vorstand der Lungenheilstätte an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin in Angelegenheit der Wahl eines Schiedsgerichtsbeisetzers gerichtet hat. Bei Erörterung dieses Schreibens geht der „Vorwärts“ von der Annahme aus, daß die Wahl der Schiedsgerichtsbeisitzer durch den Vorstand der Landesversicherungsanstalt erfolge. Diese Annahme ist eine irrthümliche, da die Wahl der Schiedsgerichtsbeisitzer lediglich dem Ausschuss der Landesversicherungsanstalt zusteht. Aus diesem Grunde ist das Schreiben der Jüngern der Mitglieder des Ausschusses zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden. Wir bitten ergebenst um Veröffentlichung dieser Verichtigung.“

In Gegenwart des Magistratskollegiums fand gestern durch den Bürgermeister Dr. Reide in Vertretung des Oberbürgermeisters kürzlicher die Einführung von 4 Bezirksvorstehern bzw. ihrer Vorsteher-Stellvertreter in ihre Ämter statt. — Der Magistrat hat dem Antrage der Parteideputation zur Beschaffung geeigneter Räume für die Anlage eines Nordparks auf den Hebergegen ein Ausschreiben zu erlassen, zugestimmt und beschlossen, hierfür drei Preise in Höhe von 5000, 3000 und 2000 M. zu bewilligen. Der Stadtverordneten-Versammlung soll eine entsprechende Vorlage zugehen. — Verschiedene von der Stadt Berlin nach der Weltausstellung in St. Louis gefandene Modelle von Schulbauten u. sind dort so beschädigt angekommen, daß ihre Aufstellung unmöglich geworden ist. Stadtbaurat Krause, der sich in einigen Wochen nach St. Louis begibt, soll darüber entscheiden, ob ein Rücktransport sich empfiehlt. — Zum Magistratsassessor wurde der juristische Hilfsarbeiter beim Magistrat, Ludwig Schulz, gewählt. In der Angelegenheit der Umänderung des Namens Daldorf in Wittenau hat der Magistrat beschlossen, daß die städtische Zonenanleihe den Namen Daldorf beibehält und nur die Ortsgemeinde als solche den neuen Namen erhält. Der Magistrat genehmigte die Aufnahme von zwei neuen Straßen zwischen der Greifswalderstraße und Prenzlauer Allee, bzw. Wilsstraße auf dem Gelände der Villa-Wogowischen Erben in den Bebauungsplan unter der Bedingung, daß die südliche Seite der Danzigerstraße zwischen Prenzlauer Allee und Greifswalderstraße reguliert wird.

Ein rabiaten Verbrecher. In der vergangenen Nacht stahlte der bei einem Einbruchdiebstahl im Hause Krautzstr. 3a ergriffene Thäter Emil Gast und feuerte dabei auf seine Verfolger mehrere Revolverkugeln ab, wodurch der Schutzmann Wislang leicht an einer Wade, der Fabrikant Paul Jergang an einem Oberschenkel und die Arbeiter Hermann Krug und Wilhelm Dietrich an den Händen verletzt wurden. Vor dem Hause Grüner Weg 101 wurde der Dieb, nachdem der Schutzmann ihm einen Säbelhieb über den Arm versetzt hatte, aufgehoben und nur mit Mühe der mit Stöcken und Schürmen auf ihn einschlagenden Menge entziffen. G., der mehrere zum Teil schwere Wunden am Kopf erlitten hatte, wurde nach Auflegung eines Verbandes als Gefangener nach der Charité gebracht.

Ueber einen Eisenbahn-Unfall wird amtlich berichtet: Freitag bei der Ausfahrt des nach Dirschau bestimmten Vorzuges 1. O. aus Station Charlottenburg 8 Uhr 50 Min. vormittags versuchte eine spätere als vermittelte Frau Justizrat Koepf aus Potsdam ermittelte Dame aus dem Zuge wieder auszuspringen, kam dabei zu Fall und zog sich dadurch nicht unerhebliche Kopfverletzungen zu. Die Dame, welche noch nicht vernehmungsfähig ist, hat im Kaiserin-Victoria-Krankenhaus in Charlottenburg Aufnahme gefunden. Es wird vermutet, daß die Dame den Zug wieder verlassen wollte, weil sie glaubte einen falschen Zug bestiegen zu haben.

Zur Berner tödlich verunglückt ist Freitagmittag ein etwa vierzig Jahre alter Antiker der Firma Nitole. Er hatte einen hoch mit Balken beladenen Wagen in das Haus Anhaltstr. 12 zu fahren. Das Haus wird vollständig ausgebaut. Die Einfahrt in den Flur ging ohne Unfall von statten; bei der Ausfahrt nach dem Hof wurde der

Kopf des Kutschers zwischen Oberlicht und Ladung gezwängt und fast völlig vom Kumpfe getrennt, so daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat. Allen Anschein nach war der Kutscher mit den Gepflogenheiten auf Bauten nicht vertraut, da er ohne Meldung eingefahren war, und so nicht auf die niedrige Ausfahrt aufmerksam gemacht werden konnte.

Wieder ist ein Sittlichkeitsverbrechen an einem neunjährigen Mädchen verübt worden. Glücklicherweise wurde der Unhold sofort gefasst und nach Verabreichung einer überreichen Tracht Prügel der Polizei übergeben. Er ist, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, ein hellungeloser Schläfursache aus der Karlsrufer. Das mißbrauchte Kind wohnt in der Schwedlerstraße. Es hatte vor einiger Zeit aus Versehen aus einer Flasche eine ätzende Säure getrunken und sich dabei den Hals derart schwer verbrannt, daß es in einer Klinik der Friedrichstraße künstlich ernährt werden mußte. In diesem Zwecke ging das Kind täglich nach der Klinik. Gestern früh betrat nun ein Barbier das Haus Dramenburgerstr. 51 und sah hier ein kleines Mädchen neben einem jungen Menschen stehen. Ahnungslos ging der Barbier nach dem 2. Stockwerk und kehrte nach wenigen Minuten zurück. Noch auf der Treppe hörte er einen heftigen Schrei und eilte deshalb schleunigst nach dem Hausflur. Hier fand er das kleine Mädchen laut weinend und klagend vor, während der Bursche verschwinden war. Glücklicherweise befand er sich noch in Schwelme auf der Straße. Da er von dem Mädchen sofort als der Verbrecher bezeichnet wurde, so begann eine Jagd auf ihn. Er suchte zwar zu entkommen, wurde aber auf die Aulse „Haltet ihn!“ ergriffen. Die empörte Volkmenge, die sich an der Jagd beteiligte, traktierte den Verbrecher derart mit Schlägen, daß die Polizei schließlich Mühe hatte, den Mann ungeladert nach der Wache bringen zu können. Wie das kleine Mädchen angab, ist dies schon der dritte Fall, wo sie von dem Burschen nach einem Hausflur verschleppt und dort gemißbraucht wurde.

Die Ausstellung des Riblungenwerkes der Reichsdruckerei mit den Illustrationen und Hieraten von Joseph Sattler wird im Lichthof des Kunstgewerbe-Museums noch bis einschließlich Sonntag, 10. d. Mts., geöffnet sein. Das Museum ist am Sonntag von 12 bis 6 Uhr nachmittags zugänglich.

Zeugen-Gefuch. Am 16. April abends ist in Schöneberg, Kaiser Friedrichstraße, Ecke der Hauptstraße, der Knabe Reinhold Hebe, Sohn des Arbeiters Reinhold Hebe aus der Grunewaldstr. 122, von einem radfahrenden Telegramm-Besteller der Postbehörde überfahren worden. Der Knabe hat dadurch schwere Verletzungen erlitten, aus denen falls eine Heilung erfolgt, berechtigte Ansprüche gegen den Telegramm-Besteller beziehungsweise der Postbehörde, entstehen. Personen, die seiner Zeit Zeugen des Unfalls gewesen sind, werden gebeten, sich bei den Eltern oder Herrn Rechtsanwält v. Glasenapp, Potsdamerstr. 100, sofort zu melden.

Ein falscher Kriminalwachmeister wurde am Donnerstagabend beim Fleddern ertrappt. Ein Kaufmann K. war in den Anlagen bei der Heilig-Kreuzkirche eingeklinkt. Als er wieder munter wurde, stand ein Mann neben ihm, der ihn gerade den Schirm, die Uhr und das Notizbuch abgenommen hatte. Als er ihn verwundert fragte, was das bedeuten solle, antwortete der Mann ruhig und bestimmt: „Sie haben hier nicht zu schlafen! Ich bin Kriminalbeamter und wollte nur Ihre Sachen sicherstellen. Jetzt folgen Sie mir zur Wache!“ Auf dem Wege zur nächsten Nebelwache verfuhrte nicht der „Arrestant“ sondern der „Herr Wachmeister“ zu entkommen, K. rief aber nun einen Schutzmann zu Hilfe, der ihn festhielt. Jetzt gab der Mann schon zu, daß er ja eigentlich kein Recht mehr habe, den Schläfer anzuhalten, denn er sei nicht mehr aktiv, sondern Kriminalwachmeister a. D. Die Wacht der Gewöhnheit und des Dienstes wolle eben immer noch nach. Seine Hoffnung, mit dieser Ausrede loszukommen, schlug fehl. Der Schutzmann nahm den „Wachmeister“ mit und auf der Nebelwache entpuppte sich dieser als ein Schutzmacher August Benzlow. Sein Dienstfeiler brachte ihn nach Wobau.

Aus den Nachbarorten.

Zur Frage der Stadtwerdung von Wilmerdorf berichten hiesige Blätter: „Wilmerdorf hat für seine Neuankündigung, mit deren Ausführung bereits begonnen ist, zur Reinigung der Abwässer ein biologisches Verfahren gewählt, das ermöglicht, die geklärten Abwässer von der Klärfstation bei Stahnsdorf ohne weiteres den öffentlichen Abflüssen zuzuführen. Ausgedehnte Ermittlungen und langwierige Verhandlungen haben nun ergeben, daß ein solcher Wasserlauf, in den die Abwässer unter den besten Bedingungen entleert werden können, der Zeltow-Kanal sein wird, und in den Kreisen der Gemeindevertreter ist man der Ansicht, daß durch die Wahl des Zeltow-Kanals die Wilmerdorfer Finanzen weniger belastet werden als durch eine Entwässerung nach einem andern Wasserlauf hin. Durch die Verhandlungen, die Wilmerdorf mit dem Landrat des Kreises Zeltow wegen der Entwässerung nach dem Zeltow-Kanal wird führen müssen, erwartet man das Zustandekommen einer Verständigung, mit der sich das Ausschneiden Wilmerdorfs aus dem Kreisverbande leichter und für beide Teile befriedigender sowie auch schneller vollziehen dürfte.“

Man hat, so weit wir unterrichtet sind, die Glocken läuten hören, ohne zu wissen, wo sie hängen. Der Fall liegt im Gegensatz zu der hier abgedruckten Meldung so, daß der Landrat v. Stubenrauch glaubt, die Gemeinde in der Entwässerungsfrage völlig an der Strippe zu haben. Er will den Ort zwingen, den Zeltow-Kanal in Anspruch zu nehmen und hat den Gemeindebehörden zu verstehen gegeben, daß die Rulze, an die man ursprünglich dachte, nicht für Entwässerungszwecke zu haben sei. Die Gemeinde befristet nun mit gutem Grund, daß ihr für die Benutzung des Zeltow-Kanals Bedingungen vorgeschrieben werden, daß ihr die Augen übergehen, und in diesem Fall Landrat und Kreis nichts unversucht lassen werden, um das steuerkräftige Wilmerdorf bis in die Ewigkeit hinein an den Kreis Zeltow zu fetten. Von Stadtwerdung und Entlassung aus dem Kreise wird da nicht so leicht zu reden sein.

Ober-Schöneweide. Tödlich verunglückt ist gestern, nachmittags gegen 2 1/2 Uhr, der Maurer Wagner aus Berlin, Langestr. 10, auf dem Neubau des Maurermeisters Lehmann hier in der Luisenstraße. Wagner war mit dem Aufmauern der Front in der dritten Etage beschäftigt und führte, das Gleichgewicht verlierend, vornüber, überschlug sich, traf auf den vorstehenden Balkenträger der zweiten Etage und blieb regungslos mit zerstücktem Schädel liegen.

Ein mit neun Personen besetztes Segelboot kenterte in der Nacht zum Mittwoch auf der Havel bei Potsdam. Die Insassen, acht Herren und eine Dame, hatten ein Gartenfest auf dem Alten Tornew mitgemacht und befanden sich auf der Rückfahrt nach Potsdam in lustiger Stimmung. Hierbei kam einer der Insassen auf den Gedanken, an dem Mast hochzuklettern, um an der Spitze desselben einen Lampion zu befestigen. Das Fahrzeug kenterte und alle neun Personen stürzten in das Wasser. Den Verunglückten gelang es jedoch, sich an dem hellaufwärts treibenden Boot festzuklammern, und ihre Hilferufe wurden von dem Bootsmann Weigelt gehört, der sofort mit einem Rettungsboot nach der Unfallstelle eilte. Es gelang ihm auch, die sämtlichen Personen bei zweimaliger Fahrt nach dem nahen Ufer zu bringen.

Gerichts-Zeitung.

Mutterliebe und Fürsorge-Erziehung vor Gericht. Die Klacht eines Fürsorge-Jünglings hat Anlaß zu einer Anklage wegen Vergehens gegen das Fürsorge-Gesetz gegeben. Die gestern die Arbeiterin Ottilie Griebel vor die I. Strafkammer des Landgerichts I. führte. Die Angeklagte hat einen Stiefsohn, Emil Griebel, der ein früh verstorbenen Thunischgut und der Fürsorge-Erziehung verfallen ist. Im Januar d. J. gelang es ihm in Gemeinschaft mit zwei andern Jünglingen, aus dem Erziehungsheim in Glogau zu entfliehen. Er schlug sich mit einem der Flüchtigen nach Berlin durch und beide fanden für die erste Nacht Unterschlupf bei der Angeklagten. Der fremde Ausreißer wurde schon am nächsten Tage wieder

erwischt, Griebel aber verstand es, sich bis in den Februar hinein den Nachforschungen zu entziehen. Der Angeklagten wurde nun vorgeworfen, daß sie dem Sohn Unterschlupf und Nahrung gewährt habe. Es wurde auf Grund der eignen Erzählungen des Jungen behauptet, daß er sich vor dem Vater nicht habe sehen lassen dürfen, daß aber die Mutter ihn unter dem Bett habe schlafen lassen und er hervorgekrochen sei, wenn der Vater auf Arbeit gegangen sei. Die Polizei hatte schließlich Wind von dem Aufenthalt des Knaben bekommen und ein Schutzmant begab sich am 22. Januar in die Wohnung der Angeklagten. Als er Einlaß begehrte, wurde ihm erst nach einiger Zeit geöffnet und auf seine Frage nach dem Jungen erklärte die Angeklagte, daß sie keine Ahnung von dessen Aufenthalt habe. Der Beamte bemerkte dann, daß von der Küche aus eine offenstehende Dachluke auf das Zindbad führte und als er durch die Deckung guckte, sah er in dem frisch gefallenen Schnee deutliche Fußspuren. Der Beamte konnte sich durch die Luke nicht hindurchzwängen, er entdeckte dann aber von einem andern Beobachtungspunkt aus den Ausreißer hinter einem Schornstein stehen. Der Auforderung, herunter zu kommen, schien der Junge auch Folge leisten zu wollen und that so, als ob er durch die Dachluke wieder in die Küche zurückklettern wollte. Plötzlich aber besann er sich eines andern, sprang mit einem lächerlichen Satz auf das Dach eines auf dem Nachbargrundstück stehenden Schuppens und ward nicht mehr gesehen. Er ist erst Mitte Februar festgenommen und in das Erziehungsheim zurückgebracht worden. — Die Angeklagte behauptete, daß der Sohn geläufig habe, er habe Urlaub erhalten, sie will ihm auch nur deshalb vorübergehend Nahrung und Aufenthalt gewährt haben, weil er sie bedroht und sie Angst vor ihm gehabt habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen sie 30 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof nahm aber auf Grund der Beweisaufnahme an, daß sich die Angeklagte in ihrer Eigenschaft als Stiefmutter diesem Sohne gegenüber in einer schwierigen Lage befunden habe und verurteilte sie daher nur zu 10 M. Geldstrafe.

Schade, sehr schade, daß das Gericht sich weder befugt noch veranlaßt sieht zu unteruchen, warum ein Kind mit aller Aufopferung einem Institut zu entziehen trachtet, das ihm doch eigentlich ein besseres Elternhaus sein sollte!

Der Polizist von Belgig. Ein Konflikt mit der Polizei führte den 63-jährigen früheren Stadterordneten-Vorsteher der Kreisstadt Belgig, Uhrmacher August Hummel, auf die Anklagebank vor der Potsdamer Strafkammer. Vom Belgiger Schöffengericht war er von der Anklage der Beteiligung an einem Aufruhr und der öffentlichen Beleidigung des Polizeiergeanten Raasch freigesprochen, während der mit ihm angeklagte 63-jährige Böttchermeister Karl Schulze wegen Beleidigung zu 10 Mark und der Ackerbürger Schumann dieserhalb zu 20 M. Geldstrafe verurteilt waren. Dieser hatte sich bei dem Urteil beruhigt, während Schulze und auch die Staatsanwaltschaft Verurteilung gegen das Urteil eingelegt hatten. Die Verhandlung war ein eigentliches Licht auf die polizeilichen Verhältnisse in der Kreisstadt. Am 8. Dezember vorigen Jahres erwartete man abends die Ausgabe des „Raasch-Belgiger Kreisblottes“, auch hatte zu gleicher Zeit der Kaufmann Menzel einen brennenden Weizenstamm in sein Schaufenster gestellt. Aus beiden Veranlassungen sammelten sich nun auf der Straße einige Kinder und Erwachsene an, und diese wollte der Polizeiergeant Raasch, der noch Aussage einiger Zeugen an-getrunkener war, nicht auf dem Trottoir dulden. Sein Auftreten war derartig, daß die Leute zu johlen anfangen, wodurch die Angeklagten, die in der Nähe wohnten, angelockt wurden. Sie tauschten Bemerkungen über das Auftreten des Polizeiergeanten aus, worauf sie von diesem rückwärts angerempelt und zur Seite gestoßen wurden. Raasch rief dabei: „Scheren Sie sich von der Straße und gehen Sie nach Hause!“ Hummel sagte hierauf zu Raasch: „Sie haben mir nichts zu befehlen!“ worauf dieser entgegnete: „Sie denken wohl, weil Sie Stadterordneter sind, können Sie machen, was Sie wollen.“ Schulze aber gab seiner Entrüstung durch die Worte Ausdruck: „Es ist unerhört, daß die Polizei solchen Aufruhr veranlaßt.“ Raasch entgegnete darauf: „Sie sind eine Nutt in meinen Augen“ und gab auch noch über Hummel seine Meinung kund, dahingehend, daß sich dieser nur darüber ärgere, weil er nicht mehr Stadterordneter-Vorsteher sei. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung der Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu je 50 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung beider Angeklagten, welche zur Abwehr der ihnen zuerst von dem Polizeiergeanten angebrachten Anklagen befugt waren. Bei Schulze wurde die Beleidigung für kompensiert erachtet.

Wegen Vergehens gegen das Gesetz betreffend die Beurkundung des Personenstandes hatten sich der Bürgermeister von Werneuchen, Herr Heegemann und der Ackerbürger Ratmann Wiese vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten. Der Angeklagte Wiese hatte als stellvertretender Standesbeamter am 21. November v. J. die standesamtliche Eheschließung des Arbeiters Wloda mit dessen jetziger Ehefrau vollzogen. Bei den Vorbereitungen zu dem Eheschließungsgatte hatte er übersehen, daß die nach dem Gesetz erforderlichen Papiere der Braut nicht in Ordnung waren. Da die Braut minderjährig war, hätte sie die Einwilligung des Vormundes vorlegen müssen; diese fehlte jedoch. Bürgermeister Heegemann, der als Standesbeamter für dieses Versehen mitverantwortlich gemacht wurde, erbrachte den Nachweis, daß nicht er, sondern sein Stellvertreter, Herr Wiese, das Versehen bei Prüfung der Papiere gemacht und dann die Ehe-schließung vollzogen hatte. Der Bürgermeister wurde daher freigesprochen, der mitangeklagte stellvertretende Standesbeamte dagegen wegen Verstoßes gegen das Gesetz betreffend die Beurkundung des Personenstandes zu 5 M. Geldstrafe eventuell 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Die Gelsenkirchener Typhusepidemie vor Gericht. Die Fortführung der Beweisaufnahme am Donnerstag vor der Strafkammer in Essen zeigte dasselbe Bild wie vorher. Neue Momente traten nicht zu Tage.

Vermischtes.

Barmen. In Einem stürzte ein Knabe in eine Abortgrube. Der Vater des Knaben holte das Kind herauf, verlor aber, als er oben angelangt war, das Bewußtsein und fiel in die Grube zurück. Zwei Männer, die in die Grube stiegen, wurden in der Grube ebenfalls von den Gasen befallen. Einem weiter hinzugekommenen Manne gelang es schließlich, alle drei wieder heraufzubringen; zwei von ihnen erholten sich in kurzer Zeit, während der dritte bereits erstickt war. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Cleve. In dem benachbarten Carloar brannten die gesamten Dekonomiegebäude des Landwirts Bollmann nieder. Das Feuer griff so schnell um sich, daß fast die ganze Viehhabe in den Flammen umkam.

Im Lubenbad in nächster Nähe von Erlangen wurde heute früh die Leiche eines unbekanntem Mädchens mit einem Weiltiebe über der Stirn gefunden.

In Hilsenheim bei Strahburg i. E. ermordete der Uhrmacher Klittäter seine Ehefrau. Die Ermordete lebte von ihrem Manne getrennt.

Von einer Kugel aus dem französischen Kriege ist jetzt erst ein Veteran Namens Joseph Kneip in Gadamar befreit worden. Es wird darüber berichtet: Kneip litt seit etwa vier Monaten an einer eitrigen Wunde an der rechten Seite des Körpers, ohne daß die Ursache dieses Leidens ermittelt werden konnte. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß das Leiden als eine Folge der bei Wörth erhaltenen Verwundung angesehen werden muß. Aus der eitrigen Wunde löste sich nämlich vor einigen Tagen die Kugel los, welche sich seit dem heißen Tage bei Wörth im Körper des Veteranen befunden hat. Kneip war, da seine schwere Verwundung eine Genesung nicht erhoffen ließ, in eine Kirche transportiert worden, in welcher sich neben Toten nur Verwundete befanden, bei denen nach

menschlicher Annahme ärztliche Hilfe vergeblich angewandt werden würde. Der anscheinend dem Tode Geweihte froh aber aus der Kirche heraus, wurde in einen gerade bereitstehenden Verwundeten-transport aufgenommen und fand später Aufnahme und liebevolle Pflege bei einem menschenfreundlichen elbäffischen Geistlichen. Er genas und konnte sich nach Beendigung des Krieges seinem Berufe widmen, ohne die Folgen seiner Verwundung besonders zu empfinden, bis er durch die Wunde und die Lösung der Kugel wieder in recht fühlbarer Weise an den Krieg erinnert wurde.

Kopenhagen, 8. Juli. (D. L. B.) Die vereinigte Dampfschiff-Gesellschaft erhielt heute nachmittags von Stromness auf den Orkney-Inseln ein Telegramm, welches besagt, daß weitere 19 Personen vom Dampfer „Norge“ in Thorshavn (Hauptstadt der Faröer-Inseln) gelandet sind.

Achtung, Vereine! Diejenigen Vereine, welche in dem Mitte dieses Monats zur Veröffentlichung gelangenden Vereinskalender Aufnahme finden wollen, werden gebeten, bis zum 14. d. Mts. Sitzungstag und Lokal mitzutheilen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. Juli, vorm. 9^{1/2} Uhr, in der Schul-Kula, Kleine Frankfurterstr. 6: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10^{1/2} Uhr vormittags ebendortselbst: Vortrag des Herrn Balder Manasse: „Was droht von Rom?“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Verein ehemaliger Gütergüter zur Bekämpfung der Tuberkulose. Sitzung Sonnabend den 9. Juli, abends 9 Uhr, im Rufflerhause, Kaiser Wilhelmstr. 18 M. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Achtung, Radfahrer! Die Verbands- und Bundesgenossen, welche an der Tour nach Beeth teilzunehmen wollen, werden ersucht, Sonntag früh 6 Uhr am Kreuzberg (Wasserfall) zu erscheinen. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Bundesgenossen centraler Richtung erwartet. Fröhlich auf!

Briefkasten der Redaktion.

Zoldatenmishandlungen. Ihre Mitteilungen möchten wir nicht veröffentlicht, weil die Vorgänge offenbar schon weit zurückliegen und im Auslande spielen.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gebühren: 7 Hbr.

— **H. D. 100.** Das sicherste ist, daß Sie die Kaution bei einem sicheren Bankhause mit der Bedingung hinterlegen, daß nur Sie und der Chef in Gemeinschaft die Summe abheben dürfen. — **H. S. 10.** Der Chef ist berechtigt und, falls er nicht doppelt zahlen will, verpflichtet, die mit Recht gepfändete Steuer nicht auszuzahlen. Gepfändelt werden darf der Lohn wegen der nicht länger als 1/2 Jahr rückständigen Steuer. — **S. B. 12.** Gegen den Betreffenden könnten Sie Beleidigungs- und Entschädigungs-Klage anstellen. — **M. B. 21.** 1. Kein 2. Ja. — **Soci. Rixdorf.** Eine Altersrente steht Ihrem Vater erst nach vollendetem 70. Lebensjahre zu. Ist er ein Drittel erwerbsunfähig, so hat er Anspruch auf Invalidenrente.

Wasserstand am 7. Juli. Elbe bei Kaffig - 0,52 Meter, bei Dresden - 1,89 Meter, bei Magdeburg + 0,50 Meter. - Unstrut bei Stranfurt + 0,69 Meter. - Oder bei Ralibor + 0,76 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 4,52 Meter, bei Dresden Unter-Regel - 1,50 Meter, bei Frankfurt + 0,54 Meter. - Weichsel bei Brahmünde + 2,12 Meter. - Warthe bei Posen + 0,10 Meter. - Rhey bei Ulf + 0,40 Meter.

Marktpreise von Berlin am 7. Juli. Nach Ermittlungen des lgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**), gute Sorte 17,15-17,14 M., mittel 17,13-17,12 M., geringe 17,11-17,10 M. Roggen**), gute Sorte 13,75-13,73 M., mittel 13,71-13,69 M., geringe 13,67-13,65 M. Futtergerste**), gute Sorte 14,50-13,40 M., mittel 13,30 bis 12,20 M., geringe 12,10-11,00 M. Hafer**), gute Sorte 15,80-15,10 M., mittel 15,00-14,40 M., geringe 14,30-13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-28,00 M. Erbsenbohnen, weiße 50,00-28,00 M. Linen 60,00-25,00 M. Kartoffeln 8,00-5,00 M. Nichtroh 0,00-0,00 M. Senf 0,00-0,00 M. Für 1 Kilogramm: Butter 2,50-2,00 M. Eier per Schock 3,50-2,40 M. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Witterungsüberblick vom 8. Juli 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag- u. N.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. Tag- u. N.
Eutinende	766 R		2 bededt	15	Saparanda	751 B		5 Regen	13		
Hamburg	768 R		2 bededt	13	Petersburg	757 B		1 Regen	13		
Berlin	765 B		1 wolflig	22	Tort						
Frankf. a. M.	766 D		2 wolflig	21	Usterbeem	762 B		3 wolflig	13		
München	769 D		1 wolflig	18	Paris	769 B		1 wolflig	20		
Wien	767 B		1 wolflig	21							

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 9. Juli 1904. Etwas kühler, vielfach wolflig bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler **Gustav Scholz** am 7. d. M. gestorben ist. Seine letzten Willen sind erfüllt.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Friedhofes, Rixdorfener Weg, aus statt. Regere Beteiligung erwartet.
117/13 Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied der Dachdecker **Hermann Kaeding** (8. Bezirk) verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Friedhofes, Rixdorfener Weg, aus statt.
Regere Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise stiller Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Wilhelmine Nickmann geb. Reichow** sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Chef der Brauerei Habel, Frau Emilie Habel, dem Personal der Brauerei Habel, den Genossen des dritten Wahlkreises (Bezirk 157), sowie dem Gesangsverein „Viedersfreude I“ meinen herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte **Hubert Nickmann** nebst Kindern.

Verband der Möbelpolierer.
Der Arbeitsnachweis für Arbeit und Rixdorf befindet sich nur bei Tschudsch, Rammstr. 6. (Telephon-Nr. IV Nr. 5729.)
Bei **Rohr, Heinrichsplatz**, wird Arbeit für Möbelpolierer nicht mehr vermittelt.
Es ist Pflicht aller Kollegen, ihre Arbeitgeber auf obiges sofort aufmerksam zu machen.
146/30* Der Vorstand.

Danksgiving.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit meinen besten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen. **Ww. Irrgang nebst Kindern.**
Freie Kranken- u. Begräbnis-Kasse der Schuhmacher und Berufsangehörigen Berlins. (E. S. Nr. 27.)
Montag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vierteljährlicher Rapport.
2. Wahl eines ersten Kassierers.
3. Innerer Kassenanlagenbericht.
Quittungsbuch legitimiert.
256/45 Der Vorstand.

Brosds Gesellschaftshaus am Damerhügel.
Inhaber: **H. Degbrodt** vom Straßschloß am Müggelsee.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergütungen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Zwei große Säle, Hallen, genügende Nebenräume, Belustigungen aller Art. Coullante Preise.
M. Degbrodt.

Allgem. Orts-Krankenkasse für die vereint. Gewerbebetriebe Charlottenburgs.
Wir berufen hiermit eine **ausserordentliche General-Versammlung** der Kassendelegierten auf Montag, den 18. Juli, abends 8^{1/2} Uhr, nach dem oberen Saale des Volkshauses hier selbst, Köpenickerstraße 3, ein mit der Tages-Ordnung:
Anderweite Beschlußfassung über den Statuten-Nachtrag.
Die Delegierten erhalten eine besondere Einladung, die als Legitimation zur Teilnahme an der General-Versammlung gilt und beim Eintritt vorzulegen ist.
Charlottenburg, 9. Juli 1904.
Der Kassenvorstand.
H. Scheel. 274/11*

Kinderwagen
neu! hochlegant! unzerstörlich und beispiellos billig, weil direkt v. der ältesten, größten, schäcstesten Kinderwagenfabrik **J. Treibler, Grimma 134** Mein Katalog-Dein Ratgeber. Sage beim Katalogverlangen, ob gegen Bar mit 10% Rabatt, od. bequeme Teilzahl. gewünscht.

S. Piket,
Herren- und Knaben-Garderoben, jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.
Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die **bedeutend vergrößerten Räume 44 Prinzenstr. 44**, gegenüber dem alten Geschäft, verlegt habe.
53641*
Monats-Garderobe.

Düsseldorfer Lotterie
zu Gunsten der St. Rochus-Kirche.
Ziehung schon **25. Juli**
15,379 Gewinne i. W. von Mk.
120000
Lose à 2 M. - 11 St. 20 M. (Porto u. Liste 30 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H., Bankgeschäft, Berlin W., Friedrichstr. 151.
Filialen:
NW, Wilsnackerstrasse 63.
O., Andreasstrasse 46a.
SO., Oranienstrasse 177.

Club-Haus
72. Kommandanten-Strasse No. 72.
Jeden Sonntag: 54882*
Grosser Ball.
Empfehle meine drei Festäle zu Versammlungen u. Feiern. Habe noch Sonnabende und Sonntage frei. **H. Ebert.**
Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergstr. 12/20.
Preise ab Platz von 10 Stk. an:
In Hase, Salons-Breitens 7* p. Stk. 85 Pf.
In Henckels Werke, do. 6u.7* 80
In Seiffenberger, do. 6u.7* 70
Anna, Adler, Marie, 60
Industrie-Breitens, Halbstoile 65
Bruch-Breitens 60
frei Keller pr. Stk. 10 Pf. mehr.
Steinkohlen, Gascoals, Anthracit, Holz zu billigsten Sommerpreisen.
60 Handwagen verleihe zu 10 Pf.

Geld sparen Sie

Warenhaus Wilhelm Stein
BERLIN N., Chaussee-Strasse 65-66.

Gesetzlich geschützt **Spar-Karte** D. R. G. M. 102 691.

ANWEISUNG.
Jeder Käufer empfängt auf Wunsch für je 25 Pfg. des bezahlten Betrages eine Sparmarke. Diese Marken klebe man in die auf der Innenseite der Sparkarte vorgedruckten Felder. Sobald sämtliche Felder beklebt sind, wird der Sparbetrag fällig u. mit **1 MARK**.
In bar ausbezahlt. Es ist gestattet, die fälligen Sparkarten zu sammeln und den Sparbetrag jederzeit, auch erst am Jahresabschluss zu erheben.
Auf einzelne Artikel werden keine Sparmarken vorabgelegt!

Warenhaus Wilhelm Stein
N. Chaussee-Str. 65-66.

Extra-Angebot.
Sonnab., Montag, Dienstag
so lange der Vorrat reicht.

ZUR REISE.

Wir haben einen **200 Dtzd. elegant. Blusen** POSTEN circa einer erstklassigen Fabrik aufgekauft und bringen diese zu Preisen zum Verkauf, welche den Herstellungswert nicht übersteigen.

Serie I	Serie II	Serie IIa	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI
1.05	2.05	2.50	2.90	3.25	3.75	4.50

Handschuhe.

	1 Paar	3 Paar
Damen-Halbhandschuhe (Netz-Gewebe), coul., weiss, schwarz	14 Pf.	35 Pf.
Damen-Halbhandschuhe (Netz-Gewebe), coul., weiss, schwarz	18 Pf.	50 Pf.
Damen-Halbhandschuhe (Peri-Filet), coul., weiss, schwarz	22 Pf.	60 Pf.
Damen-Halbhandschuhe m. 1 Steinnuss-Druckknopf, Peri-Filet, coul., weiss, schwarz	26 Pf.	70 Pf.
Damen-Halbhandschuhe mit 1 Steinnuss-Druckknöpfen, Netz-Gewebe, coul., weiss, schwarz	48 Pf.	1.35
Damen-Halbhandschuhe m. 2 Steinnuss-Druckknöpfen, Peri-Filet, reine Seide, coul., weiss, schwarz	78 Pf.	2.15
Damen-Fingerhandschuhe mit 2 Steinnuss-Druckknöpfen, Peri-Filet, coul., weiss, schwarz	32 Pf.	90 Pf.

Manilla-Reisehüte
mit verschiedenen Garnituren 4.25
Die Bestände von sämtlichen garnierten Damenhüten sind herabgesetzt zu Preisen von 4.25, 5.50
Wert bisher das doppelte.
Ein Posten **Sonnenschirme** per Stück 95 Pf., 1.45, 1.95, 2.95, 3.50.

Tricotagen.

	1 Paar	3 Paar
Ringel-Damen-Strümpfe, engl. lang,	48 Pf.	-
Frauen-Strümpfe, deutschlang, gestriekt, Doppelsoble, Fersen und Spitze	38 Pf.	-
Damenstrümpfe, engl. lang, gewebt, Doppelsoble und Spitze	38 Pf.	1.05
Damenstrümpfe, engl. lang, gewebt, Doppelferse und Spitze, beste Qualität	50 Pf.	1.45
Macco-Socken mit verstärkter Ferse und Spitze	38 Pf.	1.05
Ein Posten Barchend-Damen-Röcke mit Volant Stück	1.38	

Schuhwaren.

Damen-Boxkalf-Schnürstiefel, sehr haltbar	7.50 M.
Damen-Chevreaux-Schnürstiefel, Lackkappe, Goodyear-Welt	10.25 M.
Damen-Segeltuch-Schnürstiefel, grau und weiss, Leder-Absatz und Besatz	4.80 M.
Damen-Melton-Reise-Schuhe	1.20 M.
Damen-Leder-Hausschuhe mit Absatzfleck	2.25 M.
Herren-Rossleder-Schnürstiefel, sehr haltbar	5.60 M.
Herren-Spiegel-Rossleder-Zugstiefel, aus einem Stück	6.75 M.
Herren-Boxkalf-Schnürstiefel, elegant u. haltbar	9.10 M.
Herren-Melton-Reise-Schuhe	1.45 M.
Herren-Leder-Hausschuhe mit Absatzfleck	3.00 M.

Ein Post. Wasch-Anzüge für Knaben im Alter v. 3-5 Jahren 1.95 M., von 6-10 Jahren 2.20 M. so lange der Vorrat reicht.

Segeltuch-Schnürstiefel für Mädchen, grau, elegante Ausführung Gr. 27-30 3.75 Gr. 31-35 4.15

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 9. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Opern-Theater. Das süße Mädel.

Belle-Alliance. Gastspiel von Emil Winter-Tymians in diesem Genre einzig dastehenden schiffschen 15 Humoristen und Sängern. Lieber, Coupletts und Einakter. U. a.: Die strenge Gouvernante. Zum Schluss: In der Ballettschule.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Ballner-Theater.) Die Jüdin.
Weisen. Kamejelle Ritouche.
Kenes. Einen Zug will er sich machen.

Kleines Theater. Central. Onkel Bräutigam.
Carl Weh. Der Weg zum Herzen.
Stadt-Theater Mosbit. Großstadt-gaude.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Edith Helena.
Delisse Alcom. Spezialitäten.
Holla. Venus auf Erden. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wiese bei Vater Philipp.
Passage-Theater. Leta Semmeloff. Spezialitäten.
Krona. Lindenstraße 48/49.
Die Insel Rügen.
Nachmittags 4 Uhr im Theater: Aus dem Haushalt der freien Natur.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.) Morwisch-Ober. Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Jüdin.
Sonnabendabend 8 Uhr:
bei halben Preisen:
Zar und Zimmermann.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel:
Der Troubadour.
Der Sommergarten ist eröffnet.
Im Garten des Schiller-Theater N. täglich großes Militär-Konzert.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.
Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtasyl.
Central-Theater.
8 Uhr. Keine Preise: Gastspiel des königlichen Hofkapellmeisters Emil Richard.
Onkel Bräutigam.
Lebensbild in 5 Akten von Fr. Heuter.
Morgen und folgende Tage:
Onkel Bräutigam.
Belle-Alliance-Theater.
Im Theater abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel von Winter-Tymians in diesem Genre einzig dastehenden schiffschen 15 Humoristen u. Sängern.
Im Sommergarten:
Russisch-japan. Sommernachtsfest.
Apollo-Theater.
8 Uhr:
Das neue große Juli-Spezialitäten-Programm mit Emmi Kröschert und Martin Kettner. 9 1/2 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von
Paul Lincke.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollander.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sanssouci.
Notthofer Thor - Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Solera: Tanz.
Wochentags haben Hoch- und Gärten, auch die zu den Theater-abenden angegebenen, Gültigkeit.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtasyl.

Central-Theater.
8 Uhr. Keine Preise: Gastspiel des königlichen Hofkapellmeisters Emil Richard.
Onkel Bräutigam.
Lebensbild in 5 Akten von Fr. Heuter.
Morgen und folgende Tage:
Onkel Bräutigam.

Belle-Alliance-Theater.
Im Theater abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel von Winter-Tymians in diesem Genre einzig dastehenden schiffschen 15 Humoristen u. Sängern.
Im Sommergarten:
Russisch-japan. Sommernachtsfest.

Apollo-Theater.
8 Uhr:
Das neue große Juli-Spezialitäten-Programm mit Emmi Kröschert und Martin Kettner. 9 1/2 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von
Paul Lincke.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollander.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Sanssouci.
Notthofer Thor - Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Solera: Tanz.
Wochentags haben Hoch- und Gärten, auch die zu den Theater-abenden angegebenen, Gültigkeit.

Sanssouci.
Notthofer Thor - Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Solera: Tanz.
Wochentags haben Hoch- und Gärten, auch die zu den Theater-abenden angegebenen, Gültigkeit.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 4 Uhr im Theater:
Aus dem Haushalt der freien Natur.
Um 8 Uhr:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Passage-Panoptikum.
Das Bärenweib. lebend.
Der 16-jährige Rosenkranz
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Anomos.
Gedankenkönig.
Der Leichenfund.
Aga, die schwabende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten
zusammengewachsenen
Schwestern
Rosa und Josefa:
!! einzig dastehend in
der Welt !!

ZOOLOGISCHER GARTEN
Deute nachmittags 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Gastspiel
des Rostocher Solo-Quartetts
(Solopernsänger F. Birkenlöwen,
Oratorien-Sänger E. Rost und die
Opernsänger Kreuder u. Hoefeling).
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Cirkus Sarasani
(Schillerstrasse).
Täglich abends 8 Uhr:
Sensationelle Vorstellungen.
Mittwoch und Sonntag:
Zwei Vorstellungen
4 Uhr nachmittags u. 8 Uhr abends.
Nur die hervorragendsten
Attraktionen auf sämtlichen Gebieten
der circensischen Kunst.
Preise der Plätze:
Logen 3 M., Sperrsitze 2 M.,
1. Platz 1 M., 2. Platz 75 Pf.,
3. Platz 50 Pf., Gallerie 30 Pf.
Karten-Vorverkauf bei Paul Grimm,
Eigarren-Verandhaus, Ecke Linden-
und Friedrichstraße. 57542

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Nur noch kurze Zeit!
Der Weg zum Herzen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagabend 8 Uhr: Vieta, die
versunkene Stadt.
Im Garten: Neues Programm.
Anfang 5 Uhr.
Sonnabend: Sommernachtsfest.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Sommerfest
des Rauchtclubs **Blaue Flagge.**
Verbotene Wege.
Berliner Volkstheater von 8 Sängern.
Dazu die wirklichen Spezialitäten.
Gastspiel von „Don Totolo“, das medi-
cinische Mädel“. Anfang 6 Uhr.
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 142.
Deute: Großes Sommerfest.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
10 neue Nummern.
Um 8 Uhr: Citerius. Volkstheater.
Großer Sommernachtsfest.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79.
Direkt Ringbahnstation.
Oh schön! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten ab. gr. Saal:
Das neue konturrenz. Programm,
u. a. mit stänischem Besatz:
die besten Afro-
die besten Daten der Welt.
4 Vulkanos, bester Misch-Alt.
Dirig.: Fritz Brand, Humorist.
Senor & Senora. Der Langhantel.
Die feine Ramon. Rennert-Stange usw.

Der Bäckerstreif.
Große aktuelle Fantomime.
Kasselerische Volksbelustigungen.
Sonntag, Montag und Sonnabend bis
2 Uhr: **Ball.** Entree 20 Pf.

Centralverband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.
Sonnabend, den 9. Juli 1904, in der Brauerei Friedrichshain
(Am Königsthor):
Grosses Sommerfest
zur Feier des dreizehnten Stiftungsfestes,
arrangiert vom
Centralverband der Maurer (Zweigverein Berlin.)
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Um 11 Uhr: **Kinder-Fackel-Polonaise.**
Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Im grossen Saale von 7 Uhr an: **Grosser Ball.**
Die Kaffeefische steht den geehrten Damen von 4 Uhr an zur Verfügung.
Anfang des Konzerts nachmittags 4 Uhr.
Damen 25 Pfennige.
Das Komitee.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Deute: Großes Sommerfest
verbunden mit Garten-Konzert
und Theater-Vorstellung.
Auffreten sämtlicher Spezialitäten, u. a.:
Paul Coradini,
Clown Loiset.
Die Reise durch Berlin in
80 Stunden.
Im Saale: Sommernachts-Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Passage-Theater.
Terka Semmeloff
Farceal-Soubrette.
Die mysteriöse Uhr.
Vierzehn erstklass. Nummern.

Passage-Theater.
Terka Semmeloff
Farceal-Soubrette.
Die mysteriöse Uhr.
Vierzehn erstklass. Nummern.

WINTER GARTEN
Neues Programm.
Edith Helena, Bravour-
Sängerin.
Mason u. Forbes, amerik. Excentrics.
Die drei Eitner, Drahtseilkünstler.
Lydia Dobranow, Feuerkünstlerin.
Charles und Fraderic, Radfahrer.
Michel Eilmann, Tyroler Sänger.
Gebrüder Schwarz, Parodisten.
Will Mora, Reckkünstler.
Heloise Titeomb, Sängerin.
Die 4 Milons, Kraftnummer.
Nels-Familie, akrobatischer Akt.
Die Rakocys, Ung. Gesangsgruppe.
Lebende Photographien
vom Kriegsschauplatz.

Landes-Ausstellungs-Park.
Täglich: **Doppel-Konzert.**
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners und Soupers von 4 Mark an.
Neu erbaut: Festsaal, gedeckte Gartenhallen,
Fontaine lumineuse.

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. - Artistische Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten
Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeefische ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
2 hochlegante Regeldampfen, Wärselbuden, Rondellort, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Sportpark Friedenau.
Sonntag, den 10. Juli, nachm. 4 Uhr:
Zweites
Deutsches Damen-Wettkampfen,
Match zwischen Pariser und Berliner Damen.
Gr. Radrennen u. Leichtathletik-Sport.

Rahnsdorfer Mühle Paradiesgarten
Bahnhof Rahnsdorf 10 Min. v. Bahnhof herrlich am Walde
u. Wärgeltes geleg. Gr. schön. Garten.
Jeden Sonntag: **Grosser Elite-Ball.**
Kasselerische * Musik * Volksbelustigungen * Vab-
Anhalt. Baden frei, Angeln frei.
Verleihen, Gesellschaften usw. bestens empfohlen. - Fernsprecher Amt
Friedrichshagen Nr. 73. [55732*]

Schweizer-Garten
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung
mit wechselndem Programm.
Um 1. und 15. jeden Monats
Spezialitäten-Wechsel.
Zum Schluss:
Die Rechenburg.
Vollständ. mit Gesang in zwei Akten.
Entree 30 Pf.
Täglich: Jeden Mittwoch:
Ball. Kinderfest.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder
Saal:
Korsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Etablissement Bugenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Natur-
garten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Walde-Sänger.
Sonnabend:
im Keller: **Tanz.**

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Hufitenstraße 40:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten, 4. Verschiedenes.
Referent und Thema wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Montag, den 18. Juli, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.
Zur besonderen Beachtung!
Die Benutzung des früheren Arbeitsschweifes SO.
(bei Rosen) ist allen Kollegen verboten und hat die sofortige Entziehung
der Arbeitslosen-Unterstützung zur Folge.
Der Arbeitsschweif der Möbelpolierer für SO. be-
trifft sich nur bei Tschechowsch, Raumstr. 6. (Telephon:
147/1)
Kollegen, welche obiger Bestimmung zuwiderhandeln, haben die Folgen
des § 8. Absatz b. unseres Statuts zu gewärtigen.
Außerdem ist es Pflicht aller Kollegen, ihren Arbeitgeber auf die Ver-
letzung des Arbeitsschweifes aufmerksam zu machen.
Billets zur Dampfperrie, welche am 31. Juli stattfindet, sind in
allen Bahnhöfen sowie beim Vorfinden, für Erwachsene a 1 M., Kinder
von 6-14 Jahren 50 Pf., zu haben.
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Hufitenstraße 40:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten, 4. Verschiedenes.
Referent und Thema wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Montag, den 18. Juli, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.
Zur besonderen Beachtung!
Die Benutzung des früheren Arbeitsschweifes SO.
(bei Rosen) ist allen Kollegen verboten und hat die sofortige Entziehung
der Arbeitslosen-Unterstützung zur Folge.
Der Arbeitsschweif der Möbelpolierer für SO. be-
trifft sich nur bei Tschechowsch, Raumstr. 6. (Telephon:
147/1)
Kollegen, welche obiger Bestimmung zuwiderhandeln, haben die Folgen
des § 8. Absatz b. unseres Statuts zu gewärtigen.
Außerdem ist es Pflicht aller Kollegen, ihren Arbeitgeber auf die Ver-
letzung des Arbeitsschweifes aufmerksam zu machen.
Billets zur Dampfperrie, welche am 31. Juli stattfindet, sind in
allen Bahnhöfen sowie beim Vorfinden, für Erwachsene a 1 M., Kinder
von 6-14 Jahren 50 Pf., zu haben.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3358.
Achtung! Metallarbeiter! Achtung!
Montag, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale von Tiel,
Bergstraße 151-152:
Bezirks-Versammlung für Rixdorf
(zugehörig Creptow, Brih, Tempelhof u. Mariensfelde).
Tages-Ordnung:
1. Der Bund der Arbeitgeber-Verbände und die deutschen
Gewerkschaften. Referent: Kollege A. Cohen. 2. Verbandsangelegen-
heiten. 3. Verschiedenes. 117/14
Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Grosses Sommerfest
der Rohrleger und Helfer Berlins und der Umgegend
in den Lokalitäten von Ludwig, Treptow, Köppler Landstraße 25/26:
Grosses Garten-Konzert
unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Liebesfreud 1“ (Mitglied
des Arbeiter-Sängerbundes) - Auffreten des beliebten „Berliner Uk-
Trio“ - Großes Feuerwerk - Tanz - Kinder-Polonaise.
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. Herren, die am Tanz teil-
nehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang nachmittags 2 Uhr. Entree 20 Pf.
Von 2 Uhr an ist die Kaffeefische geöffnet.

Flotten-Schauspiele
Kurfürstendamm 153-156.
Eröffnungs-Vorstellung am Sonnabend, 9. Juli,
abends 8 Uhr.
Grösste Wasserschausepiele der Welt.
Die Flotte im Frieden und im Kriege.
Beschlussung von Port Arthur durch die japanische Flotte.
Vollständig gedeckte Tribüne. Konzertmusik der Marine-Kapelle.
Preise der Plätze: Mittelsloge M. 4,10, Seitenloge M. 3,10, Parkett
M. 2,10, I. Platz M. 1,50, II. Platz M. 1,10, Stehplatz 55 Pf.
Täglich 2 Vorstellungen, um 4 und 8 Uhr.
Sonntags 3 Vorstellungen, um 3, 5 1/2 und 8 Uhr.
In den Nachmittags-Vorstellungen wochentags Preisermässigung.
Die Tages-Kasse ist von 10 Uhr vorm. an geöffnet. 14/15

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Neu! Wie bei
Vater Philipp.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabends 7 Uhr.

Berliner Präler
Theater
Kastellan-Allee 7-9
Täglich: Vieta.
Garten: Kalamitäten in
der Küche. Satanello-Trio.
Wardinis. Clown Steff.
Romeos. Ball. Konzert,
Spezialitäten. Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. 50 Pf.

Dampfer-Extrafahrten
Neu! Billigste Neu!
von der Michael-Brücke jeden Tag, außer Sonnabend, vormittags
von 9 Uhr. Einfache Fahrt 30 Pf. Nachm. 2 Uhr hin und zurück 30 Pf.
Jeden Sonntagvormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr nach Wolters-
dorfer Schleuse-Schloss mit Wärsel. Einfache Fahrt 50 Pf.
R. Tismer.
Teleph. Amt VII. 2541. [5376L*]

Gossmanns
Konzert-Garten
SW., Kreuzbergstr. 48.
Freitag:
Garburger Säger.
Anfang 8 Uhr.
Montag: Eichlers
Quartett-Sänger und Humoristen
Kinder (incl. 100)
Nachher: Familien-Frei-Kränzchen.

Ostbahn-Park.
Am Köstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und Spezialitäten-
Vorstellung.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Hufitenstraße 40:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten, 4. Verschiedenes.
Referent und Thema wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Montag, den 18. Juli, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.
Zur besonderen Beachtung!
Die Benutzung des früheren Arbeitsschweifes SO.
(bei Rosen) ist allen Kollegen verboten und hat die sofortige Entziehung
der Arbeitslosen-Unterstützung zur Folge.
Der Arbeitsschweif der Möbelpolierer für SO. be-
trifft sich nur bei Tschechowsch, Raumstr. 6. (Telephon:
147/1)
Kollegen, welche obiger Bestimmung zuwiderhandeln, haben die Folgen
des § 8. Absatz b. unseres Statuts zu gewärtigen.
Außerdem ist es Pflicht aller Kollegen, ihren Arbeitgeber auf die Ver-
letzung des Arbeitsschweifes aufmerksam zu machen.
Billets zur Dampfperrie, welche am 31. Juli stattfindet, sind in
allen Bahnhöfen sowie beim Vorfinden, für Erwachsene a 1 M., Kinder
von 6-14 Jahren 50 Pf., zu haben.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3358.
Achtung! Metallarbeiter! Achtung!
Montag, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Lokale von Tiel,
Bergstraße 151-152:
Bezirks-Versammlung für Rixdorf
(zugehörig Creptow, Brih, Tempelhof u. Mariensfelde).
Tages-Ordnung:
1. Der Bund der Arbeitgeber-Verbände und die deutschen
Gewerkschaften. Referent: Kollege A. Cohen. 2. Verbandsangelegen-
heiten. 3. Verschiedenes. 117/14
Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Grosses Sommerfest
der Rohrleger und Helfer Berlins und der Umgegend
in den Lokalitäten von Ludwig, Treptow, Köppler Landstraße 25/26:
Grosses Garten-Konzert
unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Liebesfreud 1“ (Mitglied
des Arbeiter-Sängerbundes) - Auffreten des beliebten „Berliner Uk-
Trio“ - Großes Feuerwerk - Tanz - Kinder-Polonaise.
Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. Herren, die am Tanz teil-
nehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang nachmittags 2 Uhr. Entree 20 Pf.
Von 2 Uhr an ist die Kaffeefische geöffnet.

Flotten-Schauspiele
Kurfürstendamm 153-156.
Eröffnungs-Vorstellung am Sonnabend, 9. Juli,
abends 8 Uhr.
Grösste Wasserschausepiele der Welt.
Die Flotte im Frieden und im Kriege.
Beschlussung von Port Arthur durch die japanische Flotte.
Vollständig gedeckte Tribüne. Konzertmusik der Marine-Kapelle.
Preise der Plätze: Mittelsloge M. 4,10, Seitenloge M. 3,10, Parkett
M. 2,10, I. Platz M. 1,50, II. Platz M. 1,10, Stehplatz 55 Pf.
Täglich 2 Vorstellungen, um 4 und 8 Uhr.
Sonntags 3 Vorstellungen, um 3, 5 1/2 und 8 Uhr.
In den Nachmittags-Vorstellungen wochentags Preisermässigung.
Die Tages-Kasse ist von 10 Uhr vorm. an geöffnet. 14/15

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Neu! Wie bei
Vater Philipp.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabends 7 Uhr.

Berliner Präler
Theater
Kastellan-Allee 7-9
Täglich: Vieta.
Garten: Kalamitäten in
der Küche. Satanello-Trio.
Wardinis. Clown Steff.
Romeos. Ball. Konzert,
Spezialitäten. Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. 50 Pf.

Der neunte Buchbinder-Verbandstag.

Dresden, 7. Juli.

(Vormittags-Sitzung.)

Die Debatte über Tarifvereinbarungen wird fortgeführt. Babel-Leipzig teilt im Interesse der Vertreter der kleinen Städte das Wichtigste über das Tarifamt mit.

Fällen der Schiffsvorstände die Verhandlungen zu leiten hätte! Aber trotz aller Mängel und Nichtachtung des Tarifamtes seitens der Unternehmer müsse es hochgehalten und weiter ausgebaut werden.

Arbeitszeit befreit werden müßten. Dazu gehöre aber Anstellung von Agitatoren, die vor Maßregelung sicher seien und ganze Arbeit machen könnten.

Reisen heisst: Gottes schöne Welt sehen; aber wir begnügen uns nicht mehr damit, was mit dem bloßen Auge zu erreichen ist.

Kufeke's beste Nahrung für gesunde und magenkranke Kinder. Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe, Verstopfung etc.

Gelegenheitskauf Sowelt der Vorrat reicht, verkaufen wir gr. Partie-Posten Teppiche, Gardinen, Portieren etc.

Jos. Gremmer's Wwe. Landshut, Bayern. Erste und Älteste Brasiltabakfabrik

Komplette Küchen-Einrichtungen 130 Teile für 35 Mark, 200 " " 75 " 800 " " 150 "

Der Kampf im Bäckergewerbe!

Folgende Bäckermeister haben am Freitag, den 8. d. Mts., den Tarif anerkannt und unterschrieben, sind als geregelt zu betrachten und in der Sonntagsliste nachzutragen:

- Norden. Dunderstr. 73, C. Kaete. Hofmeisterstr. 9, Rapp (ist alles wieder geregelt). Koppenhagenstr. 74, P. Schön. Prinzen-Allee 57, R. Schmeinh.

Die Forderungen durchbrochen resp. zurückgezogen haben folgende Bäckermeister und sind deshalb aus der Liste der Bevilligten zu streichen:

Kein Laden, nur 1. Etage. Diese Preise bis 17. Juli! Special-Offerte für Händler und Restaurateure. 1000 Stück Flor de Murias M. 42,50

RENNABOR-RÄDER sind nur ächt wenn sie nebenstehende Schutzmarke tragen. Ueberall vertreten. Kataloge postfrei.

Keine Entfernung zu weit? um sich nicht bei mir einen passenden geeigneten Anzug zu kaufen, schon von 8 M. an - Getrag. Sommerpaletots, Hosen, Geh-Röcke etc.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden. Bestellungen u. Nach. indell. Ausf. Werkstatt im Hause.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen. Kleiner Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen.

Baer Sohn En gros. Export. En detail. Gauselstr. 24a/25, Bräudenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Verband der Tapezierer Filiale Berlin. Nachstehende Zahlstellen sind eingerichtet: Beiträge werden entgegen genommen:

Nathan Wand, 129 Stallherstr. 129. Die schönsten 57212 Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell Monats-Garderobe

